

Ercheint täglich außer Montags...
Abonnements-Preis für Berlin:
Wöchentlich 2,50 Mark, monatlich 11,10 Mark, wöchentlich 28 Pf.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die
fünfgespaltene Zeile oder deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Werksammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Verantwortlicher: Juri G, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Reuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 14. März 1891.

Expedition: Reuth-Strasse 3.

Zum Gedächtniß des 14. März.

Karl Marx' Todtenfeier im Cooper-Institut zu New-York
den 19 März 1883.

Im Arbeitskittel viele Tausend
Sie sitzen, stehn zumal
Und ihr Gemurmel füllet brausend
Den Riesensaal.

In all den Sprachen, in den Zungen
Der Weltnationen dort
Dem todtten Kämpfer ist erklingen,
Ein Abschiedswort.

Der Dritte sprach: „Geliebt in Hütten,
Gefürchtet im Palast,
Hat er gelebt, gewirkt, gestritten
Ohn' Haß und Raß.

„Sein Name wo Maschinen schwirren
Bei uns in Stadt und Land
Die Fenster der Fabrik erklingen,
Wird heut genannt.“

Der Russe: „Wo Despoten thronen,
Bei uns durch Graus und Nacht.
An ihrer Kette zerr'n Millionen,
Wird sein gedacht.“

Der Franke: „Wie ein Weltbesieger
Von Völkerverhaß und Krieg
Focht er, und diese Todtenfeier
Bürgt uns den Sieg.“

Der Deutsche sprach: „In Liebe wollen
Wir vor den Andern heut
Dem Denker wie dem Kämpfer zollen
Ein Grabgeläut.

„Denn wie einst neu die Himmelskunde
Kopernikus erschuf,
Dem Wissen scholl aus seinem Munde
Ein Verderuf,

„Dem Wissen von des Volkes Leiden
Und von der Arbeit Qual:
Der Götze schon liegt im Verscheiden:
Das Kapital!

„Er hat für unsern Kampf auf Eiden
Ein scharfes Schwert verlehnt,
Daß eine neue Welt soll werden;
D'rum ehret ihn.

„Noch gab uns ein Geschenk kein Spender,
Dem Donnerworte gleich:
Ihr Proletarier aller Länder,
Vereinigt euch!“

L. Jacoby.

Karl Marx.

Heute jährt sich zum achten Male der Tag, an welchem dem Klassenbewußten Proletariat beider Welten der hervorragendste Vorkämpfer des wissenschaftlichen Sozialismus entrisen wurde.

Nicht kann es heute unsere Aufgabe sein, das Leben und Wirken dieses Mannes, eines der größten Söhne unseres Jahrhunderts, vorzuführen.

„Kapital“, dieser unübertroffenen Kritik der politischen Oekonomie, die Grundlagen für eine wissenschaftliche Behandlung dieses wichtigen Geistesgebietes geschaffen.

Feuilleton.

Wachdruck verboten. 12

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. Weichel.

Vielleicht hatte sich in Lisei's Kinderherzen die Hoffnung geregt, durch ihre Liebe zu Ambros den Weg zum Herzen des Vaters zu finden.

„Ja, ja, das wird ein echter Falkner“, pflegte er zu sagen, und Lisei war von solcher Seelengüte, daß Ambros sich kein Gewissen daraus machte, darauf hin zu lächeln.

Lisei mochte jetzt sechsundzwanzig Jahre alt sein. Die Zeit war ihr vergangen in den Sorgen und Mühen um den

Vater, die Brüder, die Wittschaft, so daß sie für nichts Anderes Sinn gehabt hatte. Ihre Freundinnen hatten eine nach der andern ihren eigenen Heerd gegründet; für sie waren die Männer nicht auf der Welt gewesen.

Wolf Lechner war mit Lisei auf der Hochzeit des Sägemüllers mit der schönen Afra bekannt geworden. Der alte Krigara, der große Stüde auf den Schmied hielt, hatte gemeint, die Tochter des Klosterbauers wäre eine geeignete Frau für ihn und Lechner war bei sich bald derselben Ansicht geworden.

Er war so kräftig gebaut, wie es ein tüchtiger Schmied sein muß, und selbst Ambros würde Bedenken getragen haben, mit ihm in einen Ringkampf sich einzulassen.

Als er auf seiner Wanderschaft nach St. Vigil verschlagen worden, hatte Tirol noch zu Oesterreich gehört. Was ihn dorthin verschlagen hatte, war der Wunsch gewesen, die Menschen nicht bloß an den großen Heerstrassen, wo die ewig rollende Lebensfluth ihre Eigenthümlichkeiten verschleift, kennen zu lernen.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März.

Im Reichstag stand heute die dritte Beratung des Etats auf der Tagesordnung und erregte zwei Debatten das Hauptinteresse. Zunächst wurde durch den Abg. Jepsen die Kolonialpolitik angeschnitten, indem er sich über ungenügende Befragung der deutschen Interessen in verschiedenen Häfen beklagte, was dem Reichskanzler Veranlassung gab, den charakteristischen Satz auszusprechen, daß die Erweiterung unserer Kolonialpolitik ein Aufgeben gewisser Stationen unvermeidlich mache, und daß, wenn der Reichstag verlangen sollte, diese Stationen wieder zu besetzen, die Reichsregierung gern dazu bereit sein würde, doch koste das Geld und einen eigentlichen Wert für den Schutz deutscher Interessen hätten dieselben in den meisten Fällen doch nicht, wie dies jetzt bei dem Kampfe in Chile gezeigt worden sei. Seit wir in die Kolonialpolitik hineingerathen, habe es an Schiffen gefehlt, die Stationen zu halten. Der Abg. Richter sprach die neueste Kameruner Anleihe auf und hielt die Verpfändung der Hölle des Gebiets zur Sicherung für die Geldleiher für eine veraltete barbarische, ja geradezu für eine afrikanische, zu der die Idee nur von einem Herrn Wörmann ausgegangen sein könne. Der Regierungsvertreter Geh. Rath Kayser suchte die Regierung zu verteidigen, war aber sehr matt. Von ganz besonderem Interesse waren die durch den Abg. Bebel zur Sprache gebrachten Soldatenschindereien und die damit in Verbindung stehenden Selbstmorde in der Armee. Scharf und mit unerbittlicher Logik geißelte der sozialdemokratische Redner an der Hand der Broschüren von Abel und Müller das ganze Militärgerichts-Verfahren und die Art des dem Gemeinen zustehenden Beschwerderechts, dabei zum Schluß ankündigend, von nun an jeden Fall von Mißhandlung, von dem er Kenntniß erhalte, im Reichstag zur Sprache zu bringen. Der Kriegsminister nahm sehr erregt das Wort und suchte dem Abg. Bebel das Recht abzuspochen, die Uebelstände zur Sprache zu bringen, indem er erklärte, alle zur Kenntniß der oberen Militärbehörden kommende Mißhandlungen würden streng bestraft. Bezüglich der Selbstmorde meinte der hohe Herr, dieselben seien mehr eine Stamm- und Rassenangelegenheit als eine Folge von Mißhandlungen. Bebel erklärte, es sei sein Recht als Volksvertreter, die getügten Mißstände vorzubringen und dieses Recht werde er sich weder vom Kriegsminister noch von sonst Jemandem schmälern lassen. Auf die Einzelheiten der Antwort des Kriegsministers eingehend, führte Bebel denselben in schärfster und unwiderlegbarer Weise ab, so daß sich der Abg. Symula, früherer Offizier, zur Rettung des Kriegsministers in die Brust warf und lähn behauptete, alles, was Bebel vorgebracht, sei falsch und übertrieben; einen Beweis dafür blieb der edle Herr vom Centrum schuldig, während der Abg. Dünge in allen wesentlichen Punkten die Wichtigkeit der Ausführungen Bebel's zugeben mußte. Der Abg. von Kardorff schnarrte noch etwas zum Schutz der Armee, die von Bebel beschimpft worden sei, ohne Bebel's Angaben auch nur zu erwähnen, geschweige den Versuch zu machen, dieselben zu widerlegen. Damit schloß die Sitzung.

Mit dem Rücktritte Gohlens soll angeblich die Krise nicht beendet sein, auch Caprivi soll zurücktreten, so behauptet wenigstens das Organ des Herrn von Bennigsen, der „Hannoversche Courier“. Die Nachricht scheint wenig glaubhaft. Für einige Zeit wird der Reichskanzler noch im Amte bleiben, allzu lange freilich kaum. Die Minister ruhen sich jetzt rasch ab und Abwechslung ist ein Haupterforderniß der Unterhaltung.

Die „Kreuz-Zeitung“ demünzt heute ihren internationalen Vergarbeiter-Kongress, der am 31. März in Paris zusammentreten soll, und wirft dem „Vorwärts“ vor, daß er ein doppeltes Spiel treibe, — formell zwar vom Streik abträte, thatsächlich aber dazu „hebe“. Wir erklären das für eine freche Verleumdung und fordern die „Kreuz-Zeitung“ auf, uns auch nur eine Stelle unseres Blattes zu zeigen, wo „gehört“ worden wäre. Wir sind im Gegentheil den Deyern, die wir auf Seiten der Kohlenbarone entdeckt haben, sehr kräftig zu Weib gegangen.

Daß wir die Beschwerden der Bergleute größtentheils

als durchaus berechtigt anerkennen, ist doch kein Grund, daß unser Rath, nicht zu streifen, unehrlich gemeint sei. Wir erklären der „Kreuz-Zeitung“ offen, daß die Bergleute mehr als ausreichenden Grund zu einer Arbeitseinstellung hätten, und daß wir, wenn wir Aussicht auf Erfolg sähen, von einer Arbeitseinstellung unter solchen Umständen auch gar nicht abtrathen würden.

Ob die Reichsregierung die Demunziation der „Kreuz-Zeitung“ annehmen, und den deutschen Bergleuten die Besichtigung des Pariser Kongresses verbieten wird, das wollen wir abwarten. Der „Bismarcksche Politik ohne Bismarck“ ist es zuzutrauen.

Die Kommission für die zweite Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches soll, wie die „Post“ hört, durch Berufung neuer Mitglieder erweitert werden. Der Bundesrath dürfte sich bereits in diesen Tagen über die Berufung schlüssig machen. Wir sind begierig, wie diese Neuernennungen ausfallen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß alle Berufsstände und wissenschaftlichen Richtungen in der Kommission vertreten sind, mit Ausnahme der Arbeiterklasse und der sich der sozialen Pflichten der Gesellschaft bewußten Richtung der Rechtswissenschaft.

Wir Sozialdemokraten, als Vertreter des Gleichheits-Prinzips, stellen zwar auch insofern die Person unter die Sache, als wir wissen, daß die Entwicklung der Dinge sich nach festen Gesetzen vollzieht und nicht von einzelnen Personen nach Willkür bestimmt werden kann — daß also die Anschauung, die Geschichte der Menschen sei das Wert einzelner Personen, jeder sachlichen und wissenschaftlichen Begründung ermangelt. Allein es hieße das Kind mit dem Bad ausschütten, und den täglichen Erfahrungen des Lebens ins Gesicht schlagen, wollten wir in der Politik wie in den Privatverhältnissen den Einfluß der Persönlichkeit bestreiten.

Um nicht in die Weite zu schweifen, sei nur einmal daran erinnert, wieviel bei Vereinen davon abhängt, ob an der Spitze, oder sagen wir lieber: in der Leitung oder Verwaltung Persönlichkeiten stehen, welche die vorhandenen Kräfte für die gemeinsame Arbeit zu begeistern verstehen, oder nicht. Während eine unsympathische Persönlichkeit bei allem Talent und Geschick nur vergleichsweise Geringes leistet, wird eine sympathische, auch bei geringerer Begabung die größeren Erfolge haben. Es gilt das auch von Parteien. Niemand wird, bei allem Respekt vor der demokratischen Gleichheit, ableugnen können, daß die Centrumspartei die hohe, ja die leitende Stellung, welche sie gegenwärtig einnimmt, trotz der Gunst der Umstände nicht einnehmen würde, wenn Windthorst, dessen schwere Erkrankung wir gestern meldeten, nicht ihr Führer gewesen wäre. Ohne den übrigen Führern des Centrums zu nahe zu treten, muß doch gesagt werden, daß, wenn auch Einzelne Windthorst in Einzelnem überragen mochten und mögen, er im Ganzen doch alle Anderen an Fähigkeit der Führerschaft weit überragt. Und zwar wesentlich dank seiner biegsamen, konziliannten, sympathischen Persönlichkeit, die ihn erst dazu befähigte, sein außerordentliches Wissen und seinen ungewöhnlichen diplomatischen Scharfsinn und Ueberblick im Dienste seiner Partei voll und mit höchster Wirksamkeit zu verwerthen. Daß das Centrum die Stellung einnehmen konnte, welche es jetzt — und gewiß nicht zum Heile Deutschlands — einnimmt, das ist freilich in erster Linie der tölpelhaften Brutalität geschuldet, mit welcher Fürst Bismarck den „Kulturkampf“ einleitete und führte, jedoch ohne eine Persönlichkeit, wie die Windthorst's, welche die Blöße des Gegners stets blitzschnell erkannte, und seine buntschichtige Mannschaft stets zusammenzuhalten und rechtzeitig ins Feuer zu bringen wußte, hätten die Fehler Bismarck's nimmermehr so gründlich ausgenutzt werden können, wäre die Niederlage des Blut- und Eisennannes nimmermehr eine so erschütternde geworden.

Was man an Hannibal am Meisten rühmte: daß er aus so verschiedenartigen Elementen ein schlagfertiges Heer machen konnte, das wird auch in taktischer Hinsicht als das Hauptverdienst Windthorst's angesehen werden. Mit dieser buntschichtigen Mannschaft hat der „kleine“ Windthorst den „großen“ Bismarck nach Canossa getrieben, und ist er der parlamentarische Reichskanzler geworden — eine Nebenregierung, die der unparlamentarische Reichskanzler nicht einen Moment abzuschütteln vermochte, und vor

wieder eine neue Liebeslei im Feuer. Da ist nicht daran zu denken, daß er bald heirathet, und wir können doch nicht bis in die Ewigkeit warten. Wir sind Beide nicht mehr so jung, daß ein paar Jahre mehr oder weniger nichts ausmachten.

„Die arme Stasi,“ seufzte Lisei. „Aber Recht hast Du mit unseren Jahren, ich mein' mit den meiuigen, und hab's Dir ja immer vorgestellt, daß ich so alt für Dich bin.“

„Und ich sag' nein! Wir könnten ganz glücklich und zufrieden sein, und verlieren unsere beste Zeit um der Anderen willen. Sollen wir uns denn erst kriegen, wann wir graue Haare haben?“

„Ich werde Dich auch mit grauen Haaren lieb haben, Wolf,“ versicherte Lisei mit einem Lächeln. „Aber so lange wird's ja nicht dauern, und wir müssen schon Geduld haben, da wir's nicht ändern können.“

„Warum können wir es denn nicht ändern?“ fragte er mit einer Regung des Unmuths. „Jedes Ding will ein End' haben. Ich hab' mein Auskommen für uns Beide und Du bist mündig. Ich will noch ein letztes Mal mit Deinem Vater reden und ihm sagen, daß wir noch — meinetwegen bis nächste Ostern — warten wollen, aber nicht länger.“

„Und wenn der Vater Nein sagt?“ fragte Lisei beklommen. „Du weißt, er nimmt nichts zurück, was er einmal gesagt hat.“

„Was ich von ihm verlang', ist nichts Unrechtes und Unvernünftiges. Wenn er sich dawider setzt, so zeigt er, daß ihm an Deinen Glück nichts gelegen ist und dann bist Du es Dir selbst und mir schuldig, daß Du an unsere Zukunft denkst. Du bist mündig, Lisei, und wir brauchen Deines Vaters Einwilligung nicht, wenn wir Hochzeit machen wollen.“

„Ach, Wolf, was führst Du im Sinn?“ rief sie betroffen. „Das geht ja gar nicht an. Jetzt, wo der Vater alt wird und meine Sorge erst recht braucht, da kann ich ihn und die ganze Wirttschaft doch nicht wildfremden Leuten überlassen und fortgehen, fortgehen gar ohne seinen Willen.“

der er sich hundertmal zu beugen hatte, bis zur endgiltigen Niederlage.

Gleich Bismarck ein Staatsmann der alten Schule, verfolgte Windthorst nur reaktionäre Ziele und hatte keinen Begriff von dem Geist und den Aufgaben der Neuzeit. Aber das muß ihm nachgesagt werden, er war nie gehässig und kleinlich, wie sein „großer“ Widerpart.

Tritt er vom Schauplatz ab, so wird das Centrum, dessen Uhr nach der Beendigung des Kulturkampfes ohnehin nicht mehr lange zu gehen hatte, sofort dem Auflösungsprozesse verfallen, der durch die bedeutende Persönlichkeit Windthorst's bisher aufgehalten wurde. Das Centrum hat auch jetzt viele Männer von Talent und Thatkraft, allein einen zweiten Windthorst hat es nicht — seinen zweiten Geist, der so zusammenfassen und zusammenhalten kann, wie der greise Führer des Centrums, der das Glück gehabt hat, den Urheber des Kulturkampfes noch lebendig begraben zu helfen.

Wie Fürst Bismarck im Reichstage abstimmen wird, falls er doch gewählt werden sollte, ist sicherlich eine interessante Frage. Sie läßt sich aber heute nur in einem Punkte mit einer gewissen Sicherheit beantworten. Er wird für Diäten an Reichstags-Abgeordnete stimmen.

Fürst Bismarck soll, so meldet die „Vossische Zeitung“, als Schiedsrichter in der Behringsee-Frage ausgerufen sein. Wir können nicht annehmen, daß diese Nachricht Bestätigung erhalten wird.

Graf Waldersee hat den Fürsten Bismarck in Friedrichruh besucht. Der Ex-Reichskanzler wird sich jedenfalls sehr gefreut haben, den Ex-Generalstabschef gesehen zu haben.

Die Stellung des französischen Botschafters Serbette soll trotz aller Dementis erschüttert sein.

Die neueste Nummer der „Gesellschaft, Monatschrift für Literatur, Kunst und Sozialpolitik“ bringt unter Anderem das Bild von Hermann Bahr und ein „Biographisches Kapriccio“ von dem letzteren. Bahr sagt darin unter Anderem: „Und auf einmal der große sozialistische Dusek, als ob gerade die Arbeiter weniger Gefindel wären, als es schon einmal unter den Menschen Brauch und Herkommen ist, und als ob die Welt gerade nur auf mich gewartet hätte, um von allem Uebel erlöst zu werden — zwei Jahre habe ich mit den marxistischen Figuren vergaspelt, bis ich sie erkannte. Dann Soldat — da war ich mit ganzem Herzen dabei: „es ist doch das herrlichste Handwerk.“ Freilich gerade so wie das Renegatenthum die herrlichste Kunst ist.“

Die Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag scheinen keineswegs so glatt zu verlaufen, als man es eine Zeit lang glauben zu machen beliebte. Oesterreich-Ungarn verlangt als Gegenleistung für die von Deutschland geforderte Herabsetzung seiner Industriezölle eine Erniedrigung der deutschen Getreidezölle, welche die deutschen Delegirten mit Berufung auf die Abstimmung des Deutschen Reichstags, wenn es paßt, wird die Reichsregierung auch sehr konstitutionell, nur in ganz unzureichender Weise, zugestehen wollen. Es soll eine 10prozentige Erniedrigung der Getreidezölle angeboten worden sein, was von den österreichischen Unterhändlern aber als ungenügend verworfen wurde. Sicher ist, und dies haben die letzten Wahlen bewiesen, daß die deutsche Reichsregierung mit einer stärkeren Herabsetzung der Agrarzölle nicht nur Oesterreich-Ungarn, sondern noch mehr dem eigenen Volke entgegenkommen wird.

In Wien gedenken heute die Arbeiter pietätsvoll der vor 48 Jahren für die Freiheit gefallenen Märtyrer, während diejenigen, welche die Früchte der bürgerlichen Revolution genießen, derer vergessen haben, die für sie ihr Blut fließen ließen. Deren Nachkommen wählten vor wenigen Tagen theils Vertreter der schwärzesten Reaktion, Feudale und deren baar ausgelehter Knappen, theils Vertreter, des verbläbtesten Liberalismus, Ausbeuter und Geldgrößen, beziehentlich deren politische Kommiss, während von Vertretern demokratischer Grundsätze, deren sich die Männer vom Jahre 1848 nicht zu schämen brauchten, nur der einzige Bernerstorfer, gewählt wurde.

Wolf legte seinen Arm um ihre Schulter und sagte liebevoll:

„Bin ich Dir denn nichts, daß Du allein an Deinen Vater denkst? Und wenn er noch gut gegen Dich wäre, oder Dir auch nur ein einziges Wortlein gegönnt hätte, daß er mit Deinem Schaffen zufrieden ist und Deine Brautheit erkennt. Aber freilich, anerkennen, was Andere thun, das liegt nicht in seiner Art, es könnte ja Einer darauf hin 'was von ihm fordern als Lohn.“

„Wie kannst Du nur so reden, Wolf?“ entgegnete sie mit einem leisen Vorwurfe. „Ich versteh' wohl Manches, daß er mit mir nicht zufrieden sein kann. Es ist meine Schuld, Wolf!“

Er drückte sie fester an sich und sagte:

„Schon gut, ich will gegen den Klosterbauer nichts reden, aber denk' auch ein Bißl an Dich und an mich, Lisei. Mich drängt nicht bloß die Ungeduld, Dich endlich als Frau zu haben. Schau, Lisei, Du hast keinen auf der Welt, der fest zu Dir steht, als mich, und so hab' ich keine Seele hier, die mich lieb hat, als Dich. Die Leut' mögen mich nimmer leiden, weil ich ein Bayer bin. Jetzt, wohin ich schau, sind sie mir deshalb abgünstig. Bist Du erst meine Frau, nachher mögen sie scheel sehen, so viel wollen, da mach' ich mir nichts daraus. Aber sie werden sich dann schon geben.“

„Aber das ist gar traurig,“ seufzte sie. „Ich kann's nicht verstehen, daß Dir Einer zuwider sein soll. Dir, der Du so rechtschaffen bist und mit Wissen und Willen noch keinem 'was zu Leid' gethan hast. Die Leut' sind wohl häßig, aber schlecht sind sie nicht. Und was kannst Du denn dafür, daß Du ein Bayer bist. Es ist ja ganz ungeschick, daß sie Dir's antreihen. Aber würden sie nicht Unsch' haben, schlecht von uns Weiden zu denken, wann ich dem Vater zuwider Deine Frau würde? Ach, Wolf, wann er einen Horn auf uns hat, wie könnten wir Beide dann glücklich sein? Ich könnt's nimmer.“

(Fortsetzung folgt.)

fleißiger Arbeiter und der Meister in St. Vigil hatte es verstanden, ihn festzuhalten. Als er sich nach dessen Tode selbst als Meister im Orte hatte setzen und das Grundstück des Verstorbenen erwerben wollen, hatte die Gemeinde ihm freilich alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt und bei der öffentlichen Versteigerung des Anwesens den Preis weit über den Tagewerth hinausgetrieben. War er doch ein Fremder. Persönlich hatte man nichts gegen ihn einzuwenden gehabt und da er vorwärts kam, sich allmählig ganz mit ihm ausgehört. Die Abtretung Tirols an Bayern, die Härte, mit der die neue Regierung in dem Lande verfuhr, hatte das gute Verhältnis aber zu stören begonnen. Man fing wieder sich zu erinnern an, daß Lechner aus dem verhassten Bayern stammte. Die älteren Leute mit wenigen Ausnahmen, jogen sich allmählig kühl von ihm zurück, die Jugend verbarg kaum ihre feindliche Gesinnung. Der Wunsch, Lisei sobald wie möglich heimzuführen, mußte sich daher lebhafter als sonst in Wolf regen. Denn da sie einer der ältesten und angesehensten Familien des Thales angehörte, so durfte er wohl mit großer Wahrscheinlichkeit darauf hoffen, durch die Verbindung mit ihr, wieder festen Fuß in der öffentlichen Meinung zu fassen.

Die unfreundliche Art, mit der Ambros eben bei seiner Heimkunft ihm wieder begegnet war, lenkte seine Gedanken abermals auf diesen Punkt. Daran dachte er, während er auf die Rückkehr Lisei's aus dem Hause wartete. Um ihn war Stille, nur der Nachwind flüsterte melancholisch in den Laubkronen bei den Stadeln und melancholisch tönte das Murmeln des Brennens am Hause. Der mit einem Höcker aus dem schwarzen Föhrenkranz sich aufwühlende Rücken des Epiphörndl zeichnete sich deutlich gegen den gestirnten Himmel ab.

„Er meint es nicht böß,“ sagte Lisei, als sie wieder auf den Vorplatz kam und legte Wolf begütigend die Hand auf den Arm, indem sie sich zu ihm setzte.

„Ich weiß schon ganz gut, wie er es meint,“ sagte er mit gedämpfter Stimme. „Aber es ist nicht das, woran ich jetzt dachte. Nach dem, was Du mir von Curer gestrigen Fahrt nach St. Lorenzen erzählt hast, hat der Ambros

Jetzt läßt sich, obgleich noch an 4 Tagen gewählt werden wird, das Wahlergebnis überblicken. Die voranschreitende Zusammenfassung des österreichischen Abgeordnetenhauses ist folgende: 110 Deutsch-Liberale, 18 Deutsch-Nationale, 57 Polen, 8 Ruthenen, 36 Jungtschechen, 13 mährische und keinem Klub angehörige Tschechen, 31 katholisch-konservative, 23 Slovenen und Serbokroaten, 8 Mitglieder des Coroniniklub, 18 Mitglieder des Konfessionsklub böhmischen Adels, 5 Mitglieder der mährischen Mittelpartei, 9 Italiener, 2 Deutsch-Konservative, 13 Antisemiten, 2 Rumänen. Es fehlen noch die Wahlen von Dalmatien und vier Stichwahlen in Böhmen.

Ein Ministerium aus politisch farblosen Beamten, Deutsch-Liberalen und Polen dürfte unter Leitung des Ministerpräsidenten Taaffe mit diesem Abgeordnetenhaus fortzuführen.

Der Papst hat an die österreichischen Bischöfe eine Encyclica erlassen, in welcher er unter anderem werthvolle Hilfe für die herabgekommene Lage der Arbeiter empfiehlt. Ohne solche, freilich ganz werthlose, Redewendungen können heute programmatistische Erklärungen der Herrschenden nicht mehr abgefaßt werden. Bemerkenswerth ist nur das Zugeständniß, daß die Lage der Arbeiter herabgekommen ist.

Die französische Kammer ist der Regierungsvorlage, betreffend die Wettrennen, sehr günstig gestimmt, auch in der Sportswelt wird dieselbe beifällig aufgenommen. Nun scheint also diese große Frage zu Gunsten der Helden vom Rennplatz gelöst zu sein. Glückliches Frankreich!

Die spanische Thronrede kündigt eine Amnestie fast aller politischen „Verbrecher“ an, sie enthält, wie das jetzt Mode ist, auch einen Passus über die soziale Gesetzgebung, der ganz so inhaltslos ist, wie dies jetzt überall üblich ist. Er lautet:

„Alles was die Interessen der Arbeiterklasse betrifft, beschäftigt mich (die Königin-Regentin) sehr. Dieser wichtige Gegenstand, welcher überall seitens aller Regierungen und Kammern speziell ins Auge gefaßt wird, wird auch von meiner Regierung im Einklang mit der eingesetzten Kommission mit größter Aufmerksamkeit behandelt werden.“

Rehn Jahre sind heute verflossen, seit Alexander II. von Rußland durch die Bomben der Sophia Perowskaja und deren Genossen seinen Tod fand. Sein Nachfolger hat seitdem nichts vergessen und nicht gelernt. Die Unzufriedenheit und der Haß gegen die Organe der Regierung und gegen den Träger der Staatsgewalt wird immer größer. Keiner er sich auch nicht mehr in den Attentaten einzelner Gruppen, so ist er trotzdem gefährlicher geworden, weil er sich des ganzen Volkes bemächtigt hat. Das Tausen auf dem Vulkan wird kaum mehr lange ungestört fortgehen, denn plötzlich kann er unruhig werden und eine gewaltige, nicht vorausgesehene Eruption kann alles vernichten, was sich heute in Rußland der Macht freut und dieselbe rückwärts und nicht an den morgigen Tag denkend ausübt.

Die Bedeutung der internationalen Gedächtnisfeier zu Ehren von Marx, welche unser Zeitgedicht poetisch schildert, geht am besten aus den Reden hervor, welche am 19. März 1883 im Cooper-Institut in New-York gehalten wurden. Dieselben sind auszugsweise mitgeteilt in dem Werke des Straßburger Universitäts-Professors Sartorius von Waltershausen „Der moderne Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika“, Berlin 1890. Der Verfasser des Gedichtes, das unsere heutige Nummer ziert, unser Genosse A. Jacoby, nahm an dieser Feier Theil, bei welcher der leider auch schon verstorbene Genosse Dr. A. Douai im Namen der Deutschen sprach.

## Parlamentarisches.

### Petitions-Kommission.

Sitzung vom 13. März, Vormittags 10 Uhr.  
Zunächst werden einige Berichte festgesetzt. Unter Zustimmung des Regierungskommissars Herr Regierungsrath v. Jönköping wird sodann eine Petition von Küstenschiffen verlesen, die sich den holländischen Küstenschiffen gegenüber benachteiligt fühlen. Die Referenten, die Herren Abgg. Graf Matschka und Schwarz-Pädel haben die Nachtheile, welche deutsche Küstenschiffe gegenüber den holländischen haben, in eingehenden Reden hervor. Diese Nachtheile bestehen darin, daß die holländischen Schiffe mit ihren ganzen Familien auf den Schiffen leben und den Schiffsdienst verrichten, daher im Stande sind, billiger zu verfrachten, als die deutschen. Ferner sind die holländischen Schiffe größer, als die deutschen und ihre Befahrung entnimmt von den Mältern, welche ihnen dafür geeigneter Weise Frachtgüter zuweisen, Waaren und Lebensmittel, wovon wieder der Mälder seinen Vortheil zieht. Weiter müssen die deutschen Schiffe an der holländischen Küste eine hohe Patentgebühr, d. h. eine Steuer für die Ausübung ihres Gewerbes zahlen, während die holländischen Schiffe an unseren Küsten eine solche Abgabe nicht zu zahlen haben. Diese Umstände machen die Konkurrenz der holländischen für die deutschen Küstenschiffe drückender. Die Debatte wird geführt zwischen den Abgeordneten Graf Matschka, Schwarz, v. Hiltl und dem Regierungskommissar und endet mit dem Beschluß, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu übergeben, obgleich man sich nicht verheißt, daß nur durch die anderweitige Regelung oder Aufhebung der genannten Patentgebühren seitens des Reiches eine geringe Hilfe den deutschen Schiffen gegeben werden kann. Zwei Petitionen von Eillichkeitsvereinen, welche eine Abänderung der §§ 180 und 184 des Strafgesetzbuches wünschen, erzeugen eine längere Debatte. Auch diese Petitionen werden dem Reichskanzler zur Erwägung empfohlen, doch soll nur mündlicher Bericht an das Plenum erhalten werden. Falls diese Petitionen im Plenum zur Erörterung kommen, wünscht man den Ausschluß der Öffentlichkeit bei diesen Verhandlungen. Eine Reihe anderer Petitionen persönlichen Inhalts werden erledigt.

### 1. Sitzung der zweiten Lesung der Branntwein-Steuer-Kommission vom 13. März 1891.

Zur Vertheilung gelangte bis von der Kommission verlangte Nachweisung über die Vertheilung der Gesamt-Jahresmenge Branntwein, von welcher der niedrigere Verbrauchsabgabensatz zu entrichten ist, während der Kontingentsperiode 1887-90 auf die landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien. Zur Diskussion kommt der Antrag Barth auf Abschaffung der Branntweinsteuern und Maßschottel-Steuer. Abg. Dr. Barth beweist aus dem vorgelegten Material der Regierung, daß thätig die kleinen Brennereien keinen Vortheil haben. 2000 Brennereien haben 3/2 Millionen Liebesgabe, 3000 größere Brennereien den Rest von 57 Millionen Mark. Weitere Mittheilungen erfolgen im Plenum und ist wohl zu erwarten, daß denselben ebenfalls die Statistik vorgelegt wird. Die Resolution

auf Abschaffung der Material- und Maßschottelsteuer begründet sich dadurch, daß eine solche Steuer überflüssig ist, da eine Verbrauchssteuer erfüllt. Aufrecht erhalten wird der jetzige Zustand besonders gegen von denjenigen Brennereien, die exportieren, da deren Benefizium durch eine zu hohe Niederhaltung der Steuer beim Export gegen 1/2 Millionen beträgt. Staatssekretär Malgahn: Im Uebersicht der veränderten Regierungen ist die Frage erzwungen, ob eine Revision des Gesetzes jetzt angebracht ist, und wenn nicht, dann beantragt werden. Die Vorlage läßt deswegen die Grundlagen des Gesetzes unberührt; die Resolution Barth wird von den Regierungen nicht berücksichtigt werden können, falls nicht noch wesentlich neue Gesichtspunkte gezeigt werden. Abg. Gamp: Die Statistik beweist das Gegentheil von dem, was Abg. Barth und seine Partei früher über die Vertheilung des Kontingents behaupteten. Eine Brennerei von 8000 Liter Maßschottel ist eine kleinere; sie liefert jährlich 700-1000 Hektoliter. 1400 000 Hektoliter Kontingent entfällt dann auf diese Brennereien, das sind über 70 pCt. Auch sind es nicht die größten landwirtschaftlichen Brennereien, welche den Vortheil haben. Nur 14 Brennereien haben über 200 000 Liter Kontingent, davon liegen 10 in Bayern. Ueber 120 000 Liter Kontingent haben 97 Brennereien, davon 71 in Preußen. Auch bei den gewerblichen Brennereien hat Baden, Württemberg das Meiste. 88 Brennereien über 200 000 Liter, davon 19 in Preußen. Die Fortschritte der Technik sind veranlaßt durch die Maßschottel-Steuer, welche zur Anwendung des Materials zwingt.

Regierungsrath Gezer: In Bayern sind 10 große landwirtschaftliche Brennereien, deren jede über 2000 Hektoliter Kontingent haben. Ihre Entstehung erklärt sich durch das frühere Branntweinsteuer-Gesetz in Bayern vor 1880, wo überhaupt nicht einmal der gebrauchte Branntwein produziert, sondern aus Norddeutschland eingeführt werden mußte. Nach 1880 änderte sich dies; es bildeten sich große Genossenschaftsbrennereien, an denen je 200-300 kleine Landwirthe sich betheiligten. Graf Kieck-Schmenzin: Wir haben das Branntweinsteuer-Gesetz, es schließt unsere Landwirtschaft und wird wohl auch so bleiben. Die Statistik zeigt folgendes: Schlesien nimmt die 4. Stelle ein, die 1. Stelle Polen, dann Brandenburg, dann Sachsen, in Bezug auf große Brennereien. Ueber 1000 Hektoliter haben 197 landwirtschaftliche, mit 271 371 Hektoliter Kontingent; 64 gewerbliche Brennereien haben 200 209 Hektoliter. Abgeordneter Burm: In Schlesien erhalten 32 Personen 700 000 M. Liebesgabe, also 4 pCt. der Brennereien erhalten 14 pCt. des gesammten Kontingents. Die 32 sind gewiß nicht kleine notleidende Landwirthe. Wenn hier mitgeteilt wird, daß eine große Preßfabrik in Bayern, die 130 000 M. Liebesgabe erhält, doch nur 90 000 M. an die Aktionäre Gewinn vertheilt, so beweist das nur, daß diese Industrie nicht rentabel ist, denn ohne Liebesgabe würde sie allmählich bankrott gehen. Es ist aber unrichtig, daß eine nothleidende Industrie auf Kosten der armen Leute aufrecht erhalten wird. Da könnten sich noch viele Nothleidende in Deutschland melden. Da aber die Statistik zeigt, daß 17 landwirtschaftliche Brennereien 1 Million Mark Liebesgabe erhalten, und 17 gewerbliche 2 Millionen erhalten, so ist zu erwarten, daß die Mittheilung dieser Thatsache den Reid der Brenner untereinander erweckt und infolge dessen auch schon die Grundlage des Gesetzes erschüttert wird. Die kleine Produktion wird auch durch solche Schutzgeße nicht aufrecht erhalten, besonders wenn die kleinen so wenig erhalten und die Großen so viel. — Graf Mirbach erklärt, daß er kommunistische Anschauungen nicht theilt. Auch das Zuckersteuer-Gesetz werde nicht in der Weise geändert werden wie die Opposition glaubt. Abg. Gröber: In Württemberg hat allerdings eine Brennerei 8000 Hektoliter, also 100 000 M. Liebesgabe. Diese gehört aber einem Norddeutschen, der in Heilbronn eine Brennerei errichtete, weil er dort günstige Verhältnisse fand. Die Statistik wird vielleicht auch die Wirkung haben, daß die Kontingentirung besser vertheilt wird.

Ober-Finanzrath v. Fischer: Württemberg ist nicht zu nachsichtig gegen die gewerblichen Brennereien; da wir gar kein Branntweinsteuer-Gesetz hatten, konnten wir das Kontingent nicht berechnen, sondern nur schätzen. Die Produktion hat unter dem neuen Gesetz fast gar nicht zugenommen; wir beziehen 40-50 000 Hektoliter Spirit jährlich aus Norddeutschland. Abg. Dr. Barth: Das jetzige Gesetz treibt einseitigen Kommunismus, indem es von der Allgemeinheit einen kleinen Theil Unternehmern unterstüht.

Abg. Szmla: Die Ragnaten Oberschlesiens wollen auch leben; sie bebauen mit großen Opfern den schlechten Boden und beschäftigen dadurch Tausende von Menschen. Ohne die Liebesgabe würden sie vielleicht den Boden aufsuchen und Arbeiter entlassen, auch dem Staat keine Einkommensteuer während der Aufzucht zu zahlen haben. Die Landbevölkerung verarmt dann. Graf Kieck streift, daß ein Reid zwischen den gewerblichen und landwirtschaftlichen Brennern entstehen wird.

Die Resolution Barth wird gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der Bericht wird schriftlich abgefaßt. Zur Verhandlung kommen die Petitionen, über die Abg. Gamp berichtet.

Die Mehrzahl derselben findet ihre Erledigung durch die gesagten Beschlüsse. Wenn Jemand der Petenten protestiren gegen die von der Regierung geplante Besteuerung von Rum und Cognat; sie wünschen, daß eine Unterscheidung nach der Verpackung gemacht wird, wie es die Kommission beschloßen hat. Zum Theil wollen sie die Liqueure, auch wenn in Flaschen eingeführt, höher besteuert wissen. Da aber der Begriff der Liqueure kein feststehender ist und zu ungleicher Behandlung Anlaß geben könnte, wird der Kommissionsbeschlus wohl aufrecht werden. Apotheker petitioniren um Erleichterung bei Ueberweisung des zu Heilzwecken bestimmten Spiritus. Ferner petitioniren die Fischer wegen Befreiung des bestehenden Denaturierungsverfahrens, das gesundheitschädigend wirkt. Verschiedene Brenner bitten um Stundung der Verbrauchsabgabe; andere, daß die Sonntagsarbeit nicht eingeschränkt wird, da sie unumgänglich nothwendig ist. Verschiedene Brenner wünschen, daß die Probebrände nach einseitigen Grundfagen vorgenommen werden.

Abg. Burm: Die Apotheken erhalten für Heilzwecke Steuerfrei 15 430 Liter; die Medizinikare ist vor Urtag des Gesetzes gemacht, mithin erhalten die Apotheker die Steuer als Liebesgabe. Ferner protestiren 8 Fischer mit Recht über die Denaturierung mit Pyridin, welche sie krank macht. Es wäre zu wünschen, daß die Denaturierung mit Terpentin erleichtert wird. Die Sonntagsarbeit in den gewerblichen Brennereien läßt sich fast vollständig einschränken, auch in den landwirtschaftlichen. Staatssekretär Malgahn: Ueber die Steuerfreiheit des zu Heilzwecken gewählten Spiritus schweben Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Finanzminister, die vorläufig nicht mitgeteilt werden können. Regierungsrath Malgahn: Terpentin hat sich als denaturirungsfähig für die Denaturierung erwiesen, das gegenwärtig Verhandlungen stattfinden, daß dieses Denaturierungsmittel völlig beseitigt wird; in nächster Zeit kommen hierüber amtliche Mittheilungen.

Nächste Sitzung Montag Vormittag 10 Uhr.

In der am 12. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, des Staatssekretärs des Innern, Dr. von Bötticher, abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten, über die Wiederbesetzung der erledigten Stellen des Präsidenten und eines Mitgliedes bei dem kaiserl. Disziplinarrath, sowie über die Berufung weiterer Mitglieder in die Kommission für die Befreiung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs Beschlüsse gefaßt. Dem Entwurf eines Gesetzes für Ulag-Votirung, die Uebergangsabgabe von Bier, ertheilt die Verfassung

Zustimmung. Die Vorlage, betr. die zu Brüssel am 2. Juli 1890 unterzeichnete Generalakte der Brüsseler Antiklaverei-Konferenz wurde den Ausschüssen für Handel und Verkehr, für das Seewesen und für Justizwesen überwiesen. Zwei Verbänden eingetragener Genossenschaften wurde das Recht zur Bestellung des Verbandsrevisors zugesprochen.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Die soeben erschienene Nr. 11 der „Gazeta Robotnicza“ enthält zwei Beilagen: 1) Nationale und Klassenpolitik, 2) Ueber die Lage der Bergarbeiter. In der Rubrik: „Wie geht es unseren Arbeitern?“ sind Korrespondenzen aus Preußen, Ladora und Polzen. Ferner enthält die Nummer eine Korrespondenz aus Pommern, die Rubrik „Politische Uebersicht“, Ueber die Arbeiterbewegung etc.

Magdeburg, 12. März. Dr. Böckel, Prediger der hiesigen freiwilligen Gemeinde, ist verhaftet worden. Am 10. d. M. soll gegen ihn vor der Strafkammer zu Halle wegen Gotteslästerung verhandelt werden.

Mies. Der Vertrauensmann der Mieser Parteigenossen, Nebakteur Diehl, erklärt in einem Aufsatz, daß es ihm trotz wiederholter öffentlicher Aufforderungen und persönlicher Rücksprachen nicht gelungen sei, Versammlungsräume für den zu gründenden „Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein“ zu erhalten. Er ersucht deshalb alle diejenigen Parteigenossen, welche im Besitze von Hofräumen, Wiesen, Gärten oder sonstigen Grundstücken sind, die sich zur Abhaltung einer Versammlung eignen würden, der Partei dieselben zu genanntem Zwecke vorläufig einmal zur Verfügung zu stellen. Das ist auch eine Illustration zu der durch die Lokalabtheilung insonderlich gemachten „Versammlungsfreiheit.“

Aus dem Lüneburger Wahlkreise, 9. März. Seiden und Freuden bei der Kandidation. In Gaarßen, nordwärts der Elbe, im ehemaligen Amt Neuhaus, besaß, war es mit vieler Mühe gelungen, endlich ein Lokal zu einer Versammlung zu bekommen, indem eine Wittve sich bereit erklärte, ihre Diele dazu herzugeben. Genosse Fischer aus Hamburg sollte über die Konzession und das Invalitäts- und Altersversicherungs-Gesetz sprechen und war die Versammlung schon acht Tage zuvor ordnungsmäßig zum Sonntag, den 8. d. M., angemeldet. Als die sozialdemokratischen Agitatoren nun gestern ihren Einzug ins Dorf gehalten, erschienen auch bald darauf ein reitender und ein Fußgänger, und schließlich auch per Wagen der Herr Professor aus Neuhaus. Letzterer erklärte dem Einberufer, daß er sich nach Besichtigung des Versammlungsortes genöthigt sehe, die Versammlung aus Grund des Polizeigesetzes zu verbieten; das Versammlungslokal sei als Lokal noch nicht bei der Polizei angemeldet. Die Interventionen des Einberufers der Versammlung und des Referenten hatten keinen Erfolg; die Gendarmen räumten das Lokal. Die Hausbesitzerin lud nun ihre Bekannten ein, sich in ihr Privatzimmer zu versetzen, ebenso den Einberufer der Versammlung und des Referenten. Dieser Einladung wurde auch zahlreich Folge geleistet und die das geräumige Zimmer dicht anfüllenden Besucher, Männlein und Weiblein, unterhielten sich ganz ausgezehnet, während der Herr Professor mit seinen zwei Gendarmen auf der Straße in Schnee und Regen Wost gefaßt hatte, um die durch die Anwesenheit der hohen Obrigkeit angelockten und von Weid und Breit herbeigeströmten Dorfbesohner zurückzuhalten. Das Vergnügen hatte etwa eine Stunde gedauert, als endlich der Herr Professor seinen Gendarmen gebessene Befehle ertheilte. Die beiden erschienen nun in dem Privatzimmer und protestirten gegen die Fortsetzung der verbotenen Versammlung; versuchten auch, die Anwesenden hinauszuweisen, mit Ausnahme der fremden und einheimischen Agitatoren, da es ihnen offenbar nur darum zu thun war, die Schafe von den Böcken zu sondern. Als Fischer ihnen erklärte, daß sie kein Recht hätten, in Privaträume einzudringen und die Unterhaltung eines Privatziels zu stören, die Wirthin auch aufforderte, energisch gegen diesen Eingriff in ihr Hausrecht zu protestiren und den Gendarmen die Thür zu weisen, andernfalls aber dieselben wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu belangen, gingen sie nach heftiger Auseinandersetzung von dannen und besetzten nach Rücksprache mit dem Herrn Professor sämtliche Ein- und Ausgänge des gefährlichen Hauses, mit blanker Waffe Jedem der draußen in Menge der kommenden Dinge Haren den Eintritt verwehrend. Nachdem der Obrigkeit klar gemacht, daß sie, wenn sie etwas thun wollte, auf Grund des Vereinsgesetzes gegen den Einberufer etc. vorgehen könnte, wurde nun unter steter obrigkeitlicher Begleitung eine Bierreise durch das Dorf angetreten. Das Wirthshaus, in welchem sich die Agitatoren mit ihrem zahlreichen Anhang niederließen, wurde sofort polizeilich besetzt. Nachdem man so den obrigkeitlichen Schutz drei Stunden lang in Anspruch genommen, zum Schluß auch noch die Marxkassette gefangen, machten sich die gefürchteten Gäste, die bei den Einheimischen eine so warme Aufnahme gefunden, auf den Heimweg. Gaarßen war gerettet; jedoch die Agitatoren freuten sich ihrer zwar zerküßten, aber doch so erfolgreichen Mission. Da unter den anwesenden Genossen, welche zum Theil einen Weg von vier und fünf Stunden zum Besuch der Versammlung zurückgelegt hatten, viele Bauhandwerker sind, so beabsichtigen dieselben, sich ein eigenes Versammlungslokal zu bauen. Und das hat mit ihrem Verbote die Polizei gethan!

## Sprechsaal.

Die Redaktionen stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzu geben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegentlichkeiten allgemeiner Interessen zur Verfügung; sie vernachlässigen aber nicht die Rücksicht auf den Inhalt derselben dementsprechend zu wachen.

Auf die Anfragen im Sprechsaal gestrigter Nummer Nr. 11, daß sich bezüglich der Lage der Schulräume gestreut: die gemeines sagen läßt! — Es wird vom Vorstande der Sächsischen Hochschule in die Nähe des Rosenthaler Thors in die Gegend in die Nähe des Halleschen Thores, die Hochschule nach Roabit der Großen Frankfurter Straße und die W

Die Vertheilung der Beiräther aythys der vielen Schwierigkeiten noch nicht erfolgen, und muß abgewartet werden, wenn es nicht gleich nach dem Wunsche aller a begegnen sei wiederholt be-

Um manchen Irrthümern der Unterrichtsarten gleichzeitig merkt, daß jede einzle. Die Ausgabe der Karten erfolgt für alle Beiräther gütig Schule, und ist auch dann erst kurz vor der Eröffnungsbende Betrag dafür zu entrichten. Der noch fest zu bestim

E. Vogtberg, Vorsitzender der Arbeiter-Bildungsschule.

## Befahren der Redaktion.

Den bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Scientific Anspost wird nicht ertheilt.

E. di Peroni Schöfze. Wenden Sie sich doch mit Ihrer Anfrage an die „Kreuz-Zig.“; dort paßt sie hin. Und aber ver- hopen Sie gefälligst.

A. D. Von Jagdschnecken verstehen wir nichts. G. D., Gräfenstraße. Ihre Anfrage ist längst beantwortet. H. G. Natürlich ist das „neue Maß und Gewicht“ bei uns eingeführt.

Schufstraße. „Zur guten Weisen“

**Theater.**  
 So abend, den 14. März.  
**Spernhaus.** Die Hochzeit des Figaro.  
**Schauspielhaus.** Unsichtbare Ketten.  
**Festung-Theater.** Thernidor.  
**Berliner Theater.** Kean.  
**Deutsches Theater.** Die Kinder der Erziehung.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Der Bogelhändler.  
**Wallner-Theater.** Miß Helgett.  
**Kesdener-Theater.** Der selige Tonpfeil. Vorher: Die Schulkreiterin.  
**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.  
**Sallealliance-Theater.** Ro Lear.  
**Ostend-Theater.** Mutter und Sohn.  
**Thomas-Theater.** Der Registrator auf Reisen.  
**Adolph Ernst-Theater.** Adam und Eva.  
**Kaufmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Vorstellung.  
**Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Englischer Garten.**  
 Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.  
 Fräulein Liri Armani, schwedische Chansonette.  
**Umberto Bozza,** Produktionen auf dem Piedestal.  
 Fräulein Lilli Nora, deutsche Kostüm-Soubrette.  
 Die berühmte **Borza-Truppe,** Parterre-Akrobaten.  
**Fr. Paul Jülich,** Gesangshumorist.  
**Kathi und Pepi Wolter,** Gesangs-Duetten.  
**Ballst-Gesellschaft Menni,** 6 Pers. Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.  
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

**Stabliement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungsmusik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walker-Abend.  
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausicht von Panzendorf  
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 **F. Müller.**

**Bratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert**  
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor D. Sanfleben unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor Travieki aus Rom.  
 Empfehle zugleich meinen Frühstück- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Besprechungen.  
 708 **F. Sadtke.**

**Passage-Panopticum.**  
 Unter d. Linden 22, 23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
 Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
 Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
**Azteken.**  
 Prof. Dr. R. Koch Laboratorium.  
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends. Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Welt-Restaurant.**  
 97. Dresdenerstr. 97.  
 Täglich Auftreten der Norddeutschen Säger (7 Personen)  
 sowie der Konzert-Sängerin Fräulein Elise König und Geschw. Waldmann.  
 Auftreten des Humoristen Herrn Runkel.

**Treptow**  
 A.d. Verbin. dungsbahn.  
**Berliner Bod-Bräuerei,**  
 Ausschank d. Orig. Bod-Bieres.  
 H. Lagerbier, 1/10 15 Pf.  
 "Vorwärts" liegt aus.  
 805b **Wilh. Jacob,** Gastwirt.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich Grenzstraße 4 ein **Restaurations-Lokal** eröffnet habe.  
 [489b] **Ernst Poillon.**

**Dienstag, den 31. März:**  
**Abschieds-Vorstellung.**  
**Circus Schumann.**  
 Friedrich-Karl-Wer.  
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: Große Clowner- u. Benefiz-Vorstellung für Berlins Liebling Clowner Canli.  
**Heute alles amüsant! Heute alles neu!**  
 Auftreten der vorzüglichsten Reiter u. Reiterinnen. Reiten u. Vorführungen der bestbesetzten Schul- und Freiheitspferde. U. A. Vorführung des in ein. Tagen v. Benefizianten dreifert. Schwein "Succi", sowie des Hasen "Peter", höchst originelle Dressur. Ferner: Ein Ausflug zum Spandauer See, dargestellt v. Benefizianten und seinen Freunden. **Der Dorfschuster,** originelle Pantom. des Benefizianten z. Zum Schluß der Vorstellung:  
**Circus unter Wasser.**  
**Die Marionetten.**  
 Sonntag: 2 Vorstellungen 8 1/2 und 7 1/2 Uhr.  
 In beiden Vorstellungen: **Circus unter Wasser.**

**Geschäftshaus E. Heine.**  
**Chausseestraße 14**  
 Die schönsten **Kinder-Kleider**  
 für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenröde, Unterröde, Eritottailen u. Blousen**  
 auch im Einzelverkauf sehr billig!  
 Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!  
**Chausseestraße 14**  
**Geschäftshaus E. Heine.**

**Jede Uhr** unter Garantie kostet bei mir zu reparieren (außer Bruch) **1,50 Mk.**  
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.  
**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
**C. Wunsch, n. d. Oranienplatz.**

**Knaben-Anzüge, Mädchen-Mäntel,**  
 haltbare Stoffe, solide Preise, empfehle ich allen Genossen.  
**Manutenffelstraße 43,**  
 Ecke Skaligerstraße. **Pleiss.**

**Nur Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarke**  
 führt das Hutgeschäft von **G. Knaake, Andreas-Str. 24.**  
**Ausverkauf.**  
 Da ich zum 1. April d. J. mein Geschäft nach Oranienstr. 202 verlege, beabsichtige ich wegen Umzugskosten meine Schuhe und Stiefel, sowie Filzwaaren für Herren, Damen und Kinder von heute ab 10 pCt. billiger zu verkaufen, was ich hierdurch meinen Freunden und Gönnern aufs Beste empfehle.  
**Chr. Geher, Oranienstr. 4.**

**Martin Klein,**  
 Uhrmacher,  
 25 Neue Hochstr. 25  
 empfiehlt sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.**  
 Reparaturen zu soliden Preisen.

**Bitte lesen Sie!**  
 Jedem, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von circa 1000 Sommer-Paletos, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaguetts, Hosen, Westen etc. Ferner Uhren, Ketten, Ketten, Wäsche, Stiefeln, Hüte, Krise- und Goldhosen, Waschkessel etc. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene P. änder verkauft.  
**A. Wergien,**  
 Schneidermeister,  
 127 Skaligerstraße 127.  
 Gebellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.  
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. [306L]

**Rohtabak A. Goldschmidt,**  
 am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert schar Brennende Tabake.**  
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6,**  
 am Fochischen Markt. [746]

**Berammlung**  
 der Fachvereins der Stellmacher Berlins u. Umgegend  
 am Sonntag, den 15. d. M., Vormitt. 10 Uhr, im großen Saal des Herrn **Demter, Münstr. 11.** Um zahlreichem Besuch bittet  
 285/3  
**Der Vorstand.**

**Posamentenbranche!**  
 Morgen Sonntag, Abends 7 Uhr, Versammlung d. Fr. Vereinigung d. Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Posamentenbranche. — Vortrag, nachdem gemüthl. Beisammensein mit Tanz, Gesang u. Gäste willkommen. 248/4

**Verein der Langenbieler.**  
 Sonnabend, d. 14. d. Mts. Vortrag des Stadtverordneten H. Gnadt über Natur und Wissenschaft. Nachher Familien-Abend im Restaurant zur Kornblume, **Andreasstr. 3,** wozu Bekannte von Langenbiesel und Umgegend freil. einladet **Der Vorstand.** 954b

**Fachverein d. Lithographie-Steinschleifer u. Berufsigen.**  
 (Luxuspapier-Präger).  
**Berammlung**  
 Montag, den 16. März, Abds. 9 Uhr, bei **Seefeld, Grenadierstr. 33.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Brund über Alters- und Invaliditäts-Versicherung.  
 2. Diskussion.  
 3. Wahl eines Beisitzers.  
 4. Verschiedenes.  
 Mitglieder, welche noch im Besitz von Stiftungsgeld-Billets sind, werden gebeten, daselbst abzurechnen.  
 952b **Der Vorstand.**

**Reinickendorf.**  
**Wesentliche Berammlung**  
 der Bau- u. gewerbl. Hilfsarbeit. Reinickendorfs u. Umg.  
 Sonntag, den 15. März 1891, Naam. 2 Uhr, b. **Jüdike, Amendstr. 1.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag d. Herrn Carl Wallentin über Zweck u. Ziel einer Organisation.  
 2. Diskussion. 3. Wahl e. Delegierten.  
 4. Verschiedenes. 128/2  
 Zur Deckung der Unkosten Entree n. Belieben. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

**Sonntag, den 15. März**  
 lehtes großes Kursteilen in dies. Saison verbunden mit **gemüthlicher Abend-Unterhaltung.** 845L  
 Hierzu ladet alle Freunde **Johannisthal. A. Senftelben.**  
 Den Mitgl. des Fachvereins der **Unker**  
 sowie den Mitgl. des Gesangvereins „**Gemüthlichkeit**“ zur Nachricht, daß unser Mitglied **Aug. Pätzhold.**  
 am 11. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15., Nachmittags 3 Uhr, vom hiesigen Krankenhaus am Urban aus auf dem St. Thomas-Kirchhof statt. 246/9  
 Um zahlreiche Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

**Fachverein der Tischler.**  
 Heute Sonnabend, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr, in **Horberts** (früher May) Restaurant, **Frühstr. 21/22** **Vorstands-Sitzung.**  
 Die Mitglieder der **Werkstatt-Kontrollkommission** sind hierzu eingeladen behufs Besprechung der weiteren Agitation für Vereinstigung und Aufbebung der Organisation.  
 313/28 **Der Vorstand.**

**Hüte**  
 mit Kontrollmarke  
**L. Spiegel, Rosenthalerstr. 45.**

**Verlag d. „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
 Berlin SW., Genth-Strasse 3.

Die nachstehenden **Schriften zur Partei-Geschichte**  
 halten wir den Parteigenossen bestens empfohlen. Da Einzelnes nur in geringer Zahl noch vorhanden, bitten wir Bestellungen thunlichst zu beschleunigen.

**Autoschiffbruch der Gerichte und Polizei bei Wahlen** — 40  
**Arbeiterinnen - Bewegung Berlins.** Die 20 jährige und ihr Ergebnis — 30  
**Sebel, A.,** Petition an den deutschen Reichstag, d. Ausweisungen aus dem Königreich Sachsen betreffend — 10  
 — Die parlamentar. Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage von 1874 bis 1878. 2. Aufl. — 25  
 — Die Thätigkeit des deutschen Reichstages von 1887—1889 — 50  
**Seber, S.,** Zur Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdin. Lassalle's — 3  
**Serathung d. Reichstags-Berichts** betr. den kleinen Belagerungszustand — 10  
**Grade, W.,** Der Braunschweiger Ausschuss der soz. demokr. Arbeiterpartei in Böhmen und vor dem Gericht **Grandes, G.,** Ferd. Lassalle. Ein literar. Charakterbild 3,20  
**Frühjahr-Haffelmann.** Die Angelegenheit Frühjahr-Haffelmann vor dem deutschen Reichstage — 15  
**Hepner, J.,** Meine 3 1/2 jähr. Leipziger Polizeikampagne — 40  
**Hochverrathprozeß, Der Leipziger,** gegen Sebel, Liebknecht und Hepner — 3  
**Kohosky, S.,** Ein Komplotz gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation — 40  
**Lassalle, F.,** Rede vor den Geschworenen z. Düsseldorf am 3. Mai 1849 — 25  
 — Rede vor der Appellkammer zu Düsseldorf am 27. Juni 1849 — 10  
**Liebknecht, W.,** Das Briefgeheimnis vor dem deutschen Reichstage 1878. Mit Nachwort — 20  
 — Das Briefgeheimnis vor dem deutschen Reichstage 1880 — 10

**Marr, F.,** Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln — 25  
 — vor d. Kölner Geschworenen — 15  
**Minister Graf v. Eulenburg** und die deutsche Sozialdemokratie — 20  
**Nichtgenlemen,** Der erste auf dem Zeugnisaude — 20  
**Polizeizustände, Münchner.** Ein Beitrag zur Naturgesch. des Sozialistengefuges — 15  
**Prekstimmen** über das Freiburger Urtheil — 40  
**Protokoll d. Bund. Kongr. 1880** — 20  
 — d. Kopenhagener " 1883 — 20  
 — d. St. Gallener " 1887 — 25  
 — d. Int. Arb.-Kongr. z. Paris — 25  
 — d. Kongr. zu Halle 1890 — 50  
**Reichstags-Bericht** der sozialdemokrat. Mitglieder des deutschen Reichstages — 10  
**Sozialdemokratie,** Herr Lessendorff und die deutsche Sozialistenprozeß zu Berlin am 16. u. 18. März 1875 — 25  
 — Die u. der deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch f. sozialdem. Wähler — 15  
 — Die vor d. deutsch. Reichstage 1880. 5 Hefte — 1,60  
 — Die vor d. deutsch. Reichstage am 31. Januar 1885 — 20  
 — Die vor d. deutsch. Reichstage am 18. und 19. Febr. 90. u. 31. März u. 2. April 1890. 5 Hefte — 1,80  
 — Die vor d. deutsch. Reichstage am 27., 28. u. 30. Jan. 1888. 3 Hefte — 1,20  
**Verhandlungen** über den Antrag Liebknecht und Gen., betr. die Aufhebung sämtlicher im deutschen Reich erlassend. Ausnahmegeetze. Reichstags-Sitzung vom 11. Januar 1883 — 20  
**Wahlen z. deutsch. Reichstage,** Vergleichende Statistik. Uebersicht der — von 1887 bis 1890, nebst Uebersicht der abgegebenen soz.-dem. Stimmen von 1871—1890 — 20



**Solidarität!**  
 Arbeiter! Nur Hüte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleder tragen, bieten Garantie, daß den Verfertigmern gerechtes Lohn wurde!  
 — Kauft nur Hüte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind Hüte mit Kontrollmarken zu haben:

- H. Aerisens, Prinzenstr. 28.
- W. Benke, Potsdam, Jägerstr. 36.
- Rud. Beisso, Chausseestr. 70.
- A. Becker, Reinickendorferstr. 14a.
- O. Böttcher, Lichtbergerstr. 1.
- A. Bracklow, Lothbergerstr. 27.
- Alb. Binn, Landsbergerstr. 43.
- W. Böhm, Blücherstr. 11.
- H. Diederich, Oranienstr. 9.
- Mariannenstr. 43.
- G. Dunsing, Dresdenstr. 6.
- A. Ernst, Barnimstr. 17.
- A. Fuchs, Manuteffelstr. 35/36, Skaligerstr. 39.
- Th. Gerlach, Linienstr. 39.
- Gust. Gross, Frankfurter Allee 167.
- G. Gottmann, Frankfurterstr. 130.
- Fr. Haupt, Große Frankfurterstr. 145.
- M. Hensel, Wadegstr. 9.
- P. Fraude, Müllerstr. 183.
- A. Kehr, Köpcke'scherstr. 126.
- W. Klem, Fernauerstr. 108.
- G. Köpke, Prinzenstr. 60.
- Potsdamerstr. 126a.
- J. Kock, Rahanien-Allee 89.
- O. Liskow, Oranienstr. 47a.
- A. Linsmann, Gerichtr. 7.
- Arnold Lange, Brunnenstr. 186/187.
- H. Moissner, Neue Hochstr. 43.
- C. Mowes, Andreasstr. 53.
- O. Musio, Potsdamerstr. 37.
- Moabit, Virchowstr. 9.
- A. Nauen, Wangelstr. 99.
- C. Polvoigt, Wilowstr. 18. (Eingang Trobenstr. 12.)
- C. Rätzig, Fehrbellinerstr. 68.
- Reuz & Böhm, Oranienstr. 6. Potsdamerstr. 104.
- W. Rother, Köpcke'scherstr. 20.
- E. Sarsch, Stralauerstr. 13—14.
- C. Sarsch, Fehrbellinerstr. 56.
- C. Schmidt, Köpcke'scherstr. 41.
- W. Sy, Brunnenstr. 139.
- O. Schulze, Fehrbellinerstr. 93.
- A. Schlegel, Brunnenstr. 33.
- C. Schulz, Zionskirchplatz 6.
- F. Sporrer, Poststr. 16.
- J. Stoboy, Oranienstr. 170.
- Rud. Wegener, Stromstr. 69.
- A. Wittenbecher, Moabit, Fehrbellinerstr. 4.
- W. Wille, Köpcke'scherstr. 2.
- W. Hildebrandt, Schönhauser Allee 4.
- W. Zapel, Skaligerstr. 131 (neben Ritter u. Hofmann).
- Strosemann, Neue Köpcke'scherstr. 11.
- C. Adler, Köpcke'scherstr. 33.
- C. Böttcher, Friedrichshagen.
- O. Mühlberg, Biesenfelderstr. 18.
- P. Kunz, Prinzen-Allee 97.
- E. Rieck, Badstr. 64.
- O. Jörs, Poststr. 5a.
- F. Julow, Postow, Breitestr. 24.
- G. Knake, Andreasstr. 24.
- P. Pohle, Schwerinstr. 12.
- Emil Bergmann, Markgrafenstr. 100.
- Carl Stark, Neue Köpcke'scherstr. 73.
- Ch. Otto, Chausseestr. 22.
- Carl Wolter, Ringstr. 8.

Um den vorkommenden Unregelmäßigkeiten einen Damm entgegenzusetzen zu können, bitten wir die Genossen dringend, nur den von uns veröffentlichten Geschäften Beachtung zu schenken. Außerdem ist es unbedingt notwendig, daß die Marke fest eingelebt ist und darf die Marke nicht erst beim Kaufe eingelebt werden, was stets als Betrug zu betrachten ist. Alle Unregelmäßigkeiten bitten wir an uns zu berichten.  
**Die Arbeiter-Kontroll-Kommission.**

172/2 **J. A.: C. Kempe,** Georgenkirch-Platz 8, NO.  
**Hutfabrik** **A. Lange,** Brunnen-Str. 136-37. Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken. Großes Lager in Strohhüten u. Regenschirmen. Reelle Bedienung. 285L  
**Rechts-Bureau** des Königl. Preuss. Richters a. D. Alte Jakobstr. 102, II. Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 13. März. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Caprivi, von Bötticher, von Malahn, von Kaltenborn, von Marshall, Hollmann.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Verlesung des Reichs-Haushalts-Etats für 1891-92. Eine Generaldebatte findet nicht statt. Beim Etat des Auswärtigen Amtes weist Abg. Richter darauf hin, daß er in der zweiten Lesung die Vorlegung des mit dem Wolffschen Telegraphenbureau abgeschlossenen Vertrages verlangt und der Reichstag sie beschließen habe. Herr v. Stephan habe das Haus selbst an das Auswärtige Amt gewiesen.

Staatssekretär von Marshall: Dem Antrage, den Vertrag vorzulegen, kann ich nicht nachkommen, weil ein solcher Vertrag nicht besteht. Er hat bestanden, ist aber 1889 abgelaufen und es besteht nur ein tatsächlicher, schriftlich nicht fixirter, jederzeit widerruflicher modus vivendi für gewisse Leistungen des Wolffschen Bureaus ist seitens der Regierung zugestanden worden das Vorrecht der Wolffschen politischen Telegramme innerhalb derselben Kategorie von Telegrammen. Es ist klar, daß die deutsche auswärtige Politik ein dringendes Interesse daran hat, über alle Vorgänge unterrichtet zu werden, und daß sie eine Ergänzung der diplomatischen und konsularischen Berichte nicht entbehren kann. Das Auswärtige Amt muß auch jeden Augenblick in der Lage sein, eine Nachricht, deren Veröffentlichung es für notwendig hält, in der authentischen Form möglichst rasch und allgemein zu verbreiten. Wenn es sich um eine diplomatische Aktion der deutschen Regierung handelt, welche nicht geheim gehalten werden soll und gehalten werden kann, so liegt es im Interesse, daß die Verbreitung der Nachricht zuerst von deutscher Seite geschieht und zwar so, daß ein richtiges Bild entsteht. An anderer Stelle besteht ein entgegengezettes Interesse. Wer mit der Presse vertraut ist, weiß, wie schwer der Vorsprung wieder einzubolen ist, wenn eine Nachricht von anderer Seite zuerst in falscher Form verbreitet wird. Es gab nun zwei Wege, das Bedürfnis zu befriedigen: entweder ein eigenes staatliches Telegraphenbureau zu errichten oder mit einem bestehenden telegraphischen Bureau in Verbindung zu treten. Dem letzteren bestand dieses Bureau allein, man hatte keine Wahl. Auch jetzt ist dieses Bureau noch das angelegentlichste und vermöge seiner vielen Verbindungen allein im Stande, das zu leisten, was die Regierung verlangt. Deshalb wird an dieser Einrichtung nicht zu rütteln sein.

Abg. Richter: Herr v. Stephan wollte es so darstellen, als wenn für das Reich ein längerer Vertrag vorliegt, der nicht geändert werden kann. Ein solcher Vertrag besteht also nicht, wie wir auch schon von vornherein angenommen haben. Es handelt sich also lediglich um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Daß ein Bedürfnis, wie es der Vorredner geschildert hat, vorhanden ist, erkenne ich an. Aber deswegen ist die Verbindung mit dem Wolffschen Bureau noch nicht gerade notwendig. Das Wolffsche Bureau reicht für den Nachrichtendienst nicht aus; jede größere Zeitung muß sich noch nach anderen Nachrichten umsehen. Wenn die Regierung authentische Nachrichten telegraphisch verbreiten will, so kann das ebenso durch ein staatliches Bureau geschehen, wie es durch eine staatliche Zeitung, durch den „Reichs- und Staatsanzeiger“ geschieht und vielleicht im Anschluß daran. Die Verhältnisse bei der Begründung des Wolffschen Bureaus sind durch die Veröffentlichungen des Wolffsches Bureaus Stieber bekannt geworden; es handelte sich darum, daß ein offizielles Telegraphenbureau von Geldleuten begründet wurde, wie dem Reichskanzler von einer Hamburger Firma ein offizielles Blatt zur Verfügung gestellt wurde. Es ist bekannt, daß die Nachrichten des Wolffschen Bureaus den beteiligten Bankhäusern früher zugänglich sind als den anderen Abonnenten. Das ist einmal bezüglich der Chronologie geschehen, die zwei Stunden früher, als sie gehalten war, einem Bankhause zugänglich ist. Unter den Telegrammen des Wolffschen Bureaus befindet sich höchstens 1 v. H. solcher, an welchen das Auswärtige Amt ein Interesse hätte; dagegen befinden sich darunter viele Telegramme, an welche sich ganz andere Interessen knüpfen. Die Regierung hat kein Interesse an der Unterstützung der Schienenartelle; trotzdem ist dies von Seiten des Wolffschen Bureaus geschehen, ebenso wie die „Berl. Pol. Nachr.“ hat auch das Wolffsche Bureau zwei Herren. Neben der Regierung benutzt der Centralverein deutscher Industrieller die „Berl. Pol. Nachr.“ für seine Zwecke. Infolge eines großen Mißbrauchs hat das Wolffsche Bureau sein Vorrecht für politische Telegramme benutzt für Börsentelegramme; erst neuerdings ist infolge der Erörterung darüber im Reichstage eine Besserung eingetreten. Man wird bei der Vernehmung des Telegraphengesetzes dafür sorgen müssen, daß solche Vorrechte nicht gewährt und nicht mißbraucht werden.

Staatssekretär v. Bötticher bestritt, daß die „Berliner Politischen Nachrichten“ irgend welche Artikel seitens der Regierung erhalten. Bezüglich der Chronologie ist allerdings einmal eine Befragung laut geworden; sie ging von einem entlassenen Beamten des Wolffschen Bureaus aus und hat Anlaß gegeben, noch größere Vorrechte anzuwenden. Die Chronologie wird zur Verfügung gestellt, um die schnelle Verbreitung in den verschiedenen Formen vorzubereiten.

Abg. Richter: Es kann doch leicht durch die Formen der Beförderung der Telegramme eine Bevorzugung der einen oder der anderen Firma stattfinden. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ haben, nach einem Eingehändnis des Herrn v. Scholz, direkt offizielle Nachrichten erhalten. Hat Herr v. Bötticher die Erklärung im Namen der Reichsregierung oder auch im Namen der preussischen Regierung abgegeben? Ich behalte mir vor, auf die Angelegenheit in der Form eines Antrages oder in anderer Weise zurückzukommen.

Damit schließt die Diskussion. Bei den Ausgaben für die Gesandtschaften kommt Abg. Jepsen auf seine frühere Bitte zurück, die Deutschen in Chile durch deutsche Schiffe zu schicken. Man hat gesagt, es sei kein Schiff entbehrlich. Das Kreuzergeschwader ist kurz nach meiner Anfrage in China angekommen, man hätte es nach Chile schicken können, und vielleicht thut man es noch.

Reichskanzler v. Caprivi: Wenn die Reichsregierung die Absicht gehabt hätte, Kriegsschiffe nach Chile zu senden, so würden sich für dazu mehrere Wege darbieten haben. Sie konnte Schiffe von Australien schicken, die Reise hätte dann 1 1/2 Monat gedauert. Die Meinung des Vorredners, es wäre gut, wenn in Samoa weniger deutsche Schiffe ständen, theils ich nicht; wir haben in Samoa deutsche Interessen zu vertreten und können dort kein Schiff entbehren. Der zweite Weg wäre der gewesen, ein Schiff von dem Kreuzergeschwader zu entsenden. Dieses Geschwader hat aber jetzt genug zu thun — es befindet sich jetzt in den chinesischen Gewässern, weil unsere Geschwaderträger in China und Japan das Erscheinen des Geschwaders dringend verlangen haben. Für die Entwicklung unseres Handels in uns außerdem China und Japan viel wichtiger, als Chile. Wollen wir unserem Handel dort neuen Boden gewinnen, so ist es notwendig, daß unser Geschwader dort von Zeit zu Zeit erscheint,

um zu zeigen, was deutsche Industrie vermag. Die japanische Regierung hatte mehrere Torpedoboote in Deutschland bestellt und um sie zu montiren mußten deutsche Schiffingenieure zur Stelle sein. — Nun gäbe es noch ein drittes Mittel, von hier ein Schiff nach Chile zu senden. Dazu müßte ein neues Schiff gebaut werden und ich habe nicht das Gefühl, als ob der Reichstag mit einer solchen Staatsüberschreitung einverstanden sein würde. Die drei als gangbar möglichen Wege zeigen sich also sehr bedenklich. Hierzu kommt die Frage, was würde die Entsendung eines Schiffes nach Chile nützen? Das Zeigen der Flagge hat doch mehr einen imaginären als tatsächlichen Werth. Was nützt das eine Schiff an einer so überaus langen Küste? Selbst wenn wir die Macht dazu hätten, uns in die Kämpfe einzumischen, so hätten wir doch kein Recht dazu und ob wir durch eine solche Demonstration dem deutschen Export nach Chile genützt hätten, ist doch sehr zweifelhaft. Ein realer Nutzen ist also in keinem Falle zu erwarten. Was dann die Geltendmachung der deutschen Schadensansprüche betrifft, so werden wir den diplomatischen Weg vorziehen, mit dem wir stets gute Erfahrungen gemacht haben. Und so hoffe ich auch jetzt, daß wir damit Erfolg haben werden. Nun hat man in der Presse die Frage aufgeworfen, warum wir nicht mehr Stationen anlegen, auch in Chile. Es liegt dies an der Ausdehnung unseres Kolonialwesens, das unsere Flotte in Anspruch nimmt; auch läne man bei der Anlage von Stationen nicht wissen, wo einmal ein Aufstand ausbricht. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Jepsen: Einen Krieg mit Chile will auch ich nicht, ich will nur eine Verabingung der Gemüther, da wo der Böbel herrscht. Die Wiederherstellung der südamerikanischen Station wäre im Interesse des Handels durchaus geboten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) warnt vor der übermäßigen Befestigung der Konsulate mit Leuten jüdischer Abkunft und bemängelt an der Hand eines Artikels in der „Freien Presse“ die Einrichtungen unserer Konsulate. In dem Artikel wird dem Konsul in Chicago gerathen, sich lieber mit den Schweinern zu beschäftigen, die im dortigen Schlachthaus für den Export nach Deutschland geschlachtet werden. Der Zustand in diesem Schlachthaus schein auch dem Abg. Barth unbekannt gewesen zu sein, als er seinen Antrag auf die Wiedereröffnung der Schweineeinfuhr stellte.

Bei dem Titel des Gouverneurs für Kamerun fragt Abg. Richter an, ob sich die Nachricht bestätige, daß die Regierung die Aufnahme einer Anleihe von 1 1/2 Millionen unter Verpfändung der Zölle in Kamerun beabsichtige. Eine solche Anleihe wäre doch nur mit Zustimmung des Reichstages möglich.

Abg. Legationsrath Kayser: In der That schweben Verhandlungen über eine solche Anleihe. Nach dem Befehl über die Rechtsverhältnisse der Schutzgebiete hat in den letzteren der Kaiser die oberste Finanzhoheit, eine Mitwirkung des Reichstages wäre also bei einer Anleihe nicht nötig. Man erwartet von der Entwicklung in Kamerun in nächster Zeit so hohe Einkünfte, daß sie nicht nur zur Deckung der Zinsen der Anleihe, sondern auch sämmtlicher Verwaltungskosten ausreichen werden. Die Regierung wird also mit einer Forderung für die letzteren an den Reichstag nicht herantreten.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (Hr.): Ich frage: Wer nimmt die Anleihe auf und wer wird der Schuldner?

Abg. Legationsrath Kayser: Die Anleihe soll nicht so aufgenommen werden, daß das Reich der Schuldner wird. Das Reich will nur eine bestimmte höhere Summe zur Verfügung haben, ohne eine Haftung für die Verzinsung.

Abg. Richter: Ich bin erstaunt über die Antwort des Herrn Kommissars. Ich hätte die Nachricht für eine aus der irrigen Ansicht eines Kolonialschwärmers hervorgegangene gehalten. Das Reich kann doch billiger Anleihen aufnehmen, als ein Konfortium, das letztere muß 6 pCt. bezahlen, das Reich nur 3 pCt. Einnahmen des Reiches zu verpfänden, ist ein ganz barbarisches, africanisches Verfahren. (Lebhaft.) Die Zolleinnahmen aus der Schnapseeinfuhr sollen zu Kreditzwecken des Reiches verwendet werden! Solche Hinterthüren sollte man nicht für Zwecke verwenden, die man auf geradem Wege nicht erreichen kann. Vorschläge wie dieser können nur von Herrn Börmann gemacht werden. Was heute in Kamerun geschieht, kann leicht in noch höherem Maße in Ostafrika für Eisenbahnzwecke geschehen. Ich stelle daher den Antrag, den Titel des Gouverneurs im Kolonialetat und eine Resolution, in welcher erklärt wird, daß der Regierung verfassungsmäßig nicht das Recht zusteht, Anleihen aufzunehmen, an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. v. Bennigsen (noll.): Ich muß meinen Freund Börmann gegen den Vorwurf des Herrn Vorredners in Schutz nehmen. Woher hat denn Herr Richter seine Kenntniss über Herrn Börmann? Auch ich halte diese Maßregel nicht für eine solche der bloßen Verwaltung. Zur tatsächlichen und rechtlichen Prüfung der Sache bitte ich, die Resolution Richter, aber nicht den Titel, an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. Richter: Es ist eine Deputation in Berlin gewesen unter Führung des Herrn Börmann, die gerade diese Angelegenheit betrieben hat. Man beabsichtigt schon in den nächsten Tagen an der Börse diese Anleihe aufzuliegen, sollte das nicht der Fall sein, so wäre ich mit der Verweisung meiner Resolution allein an die Kommission einverstanden.

Die Resolution Richter wird demnach an die Budgetkommission verwiesen, der Titel bewilligt.

Der Titel des Germanischen Museums in Nürnberg giebt dem Abg. v. Meyer-Königswalde (Konf.) Veranlassung zu der Bitte, im nächsten Etat größere Summen für Kunstzwecke anzuwenden.

Beim Etat des Reichs-Gesundheitsamtes fragt Abg. Barth (Hr.) an, ob sich die Regierung nicht infolge des neuen amerikanischen Schlachthaus-Gesetzes entschließen wolle, andere Verordnungen über die Einfuhr amerikanischer Schweinefleisches zu treffen.

Staatssekretär v. Bötticher: Sobald wir die Sicherheit haben, daß das amerikanische Schweinefleisch nicht gesundheitsgefährlich ist, werden wir das Verbot der Einfuhr aufheben. Zur Zeit haben wir nach den angestellten Untersuchungen diese Ueberszeugung noch nicht. Die dem amerikanischen Gesetze gemäßen Einrichtungen genügen uns nicht. Danach ist die Untersuchung ganz in das Belieben des Richters gestellt und eine mikroskopische Untersuchung des Fleisches, die allein Sicherheit gewährt, ist überhaupt nicht vorgegriffen.

Für das Dienstgebäude des Reichs-Verwaltungsamtes beantragen die Abg. Frhr. v. Duene und Graf v. Wehr, die in zweiter Beratung gebrachte erste Baurate zu bewilligen (nebt Grunderwerb-Kosten, die mit 1 500 000 M. bewilligt worden sind, 1 900 000 M.).

Nach kurzer Begründung des Vortrages durch Abg. Grafen v. Wehr und den Staatssekretär v. Bötticher wird die Bewilligung in diesem Umfang ausgeprochen.

Zum Fonds für das neue Reichstags-Gebäude bemerkt

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (Freis.): Der neue Reichstagsbau muß mit Altem, was die Kunst bietet, ausgestattet werden. Ich will keine Marinorbekleidung der Wände, denn dies dürfte auch zu technischen Schwierigkeiten führen. Dagegen sollte man

sich nicht auf den istrischen Kalkstein kapriziren, sondern sich mit dem schönen Material begnügen, das uns Deutschlands Steinbrüche bieten. Was dagegen die Ausschmückung mit künstlerischen Werken betrifft, so soll man die Künstler aller Städte und nicht nur Berlins heranziehen. Doch möchte ich vor einer Uebereilung in dieser Beziehung warnen. Man soll sich Zeit lassen und nicht zu sehr sparen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich bin dem Herrn Vorredner für seine Anregung recht dankbar und kann nur erklären, daß man an eine gleichmäßige Vertheilung der verschiedenen Künstlerkreise denkt. Die Frage der Ausschmückung ist im Detail noch nicht durchberathen. Was das sogenannte unechte Material anbelangt, so möchte ich bemerken, daß der Stud allein etwa 1 Million Mark kosten würde. Es ist überhaupt noch die Frage, ob man den istrischen Kalkstein in genügender Menge finden wird. Es wird Alles geschehen, um den Bau sparsam und zugleich geschmackvoll und solide auszuführen.

Der Etat des Reichsamtes des Innern wird bewilligt.

Bei dem Etat der Heeresverwaltung, Kapitel Kriegsmünsterium, bemerkt Abg. Webel: Die Frage der Mißhandlung der Soldaten im aktiven Dienst hat den Reichstag wiederholt beschäftigt und erregt immer noch die öffentliche Meinung. Unmittelbar, nachdem wir uns im vorigen Jahre über die Mißhandlungen von zu Reserve- und Landwehr-Übungen eingezogenen Lehrern beschwert hatten, erschien die bekannte Broschüre von Kurt Abel: „Vier Wochen Bize-Wachtmeister“. Diese Broschüre hat ein ungeheures Aufsehen erregt. Man hielt die darin behaupteten Thatfachen für ungläublich und meinte, sie würden sich bei gewöhnlicher Untersuchung als unrichtig herausstellen. Die militärgerichtliche Untersuchung hat aber in der Hauptsache diese Thatfachen bestätigt und dem Verfasser eine 14 tägige Arreststrafe eingetragen, weil er die ihm zur Kenntniss gekommenen Mißhandlungen nicht der vorgeesehenen Behörde angezeigt hätte! Es ist nun charakteristisch für unsere Verhältnisse, daß der Rittmeister, der Jahre lang seine Soldaten in unmenschlicher Weise maltraktirt hatte, nach Veröffentlichung jener Broschüre im Irrensinne gestorben ist. Das erinnert an einen ähnlichen Fall in Graubünd in den 60er Jahren, wo ein Hauptmann Besser ebenfalls seine Untergebenen so schlecht behandelte, daß sie ihm den Gehorsam verweigerten. Die Soldaten wurden sehr hart bestraft, der Hauptmann wurde später irrsinnig. Auch Unteroffiziere hatten sich nach jener Broschüre der ärgsten Mißhandlungen schuldig gemacht, ohne daß sie bis jetzt zur Verantwortung gezogen worden sind. So beschimpfte und mißhandelte eines Tages ein Unteroffizier einen Soldaten und sagte dann: nachher stellst Du Dich hin und dann mußt die ganze Abtheilung Dir ins Gesicht spucken! Ein Train-soldat wurde angehalten, im Stalle fortgesetzt zu rufen: Ich bin ein dummes Luder! Daß das Zustände sind, die mit unserer Kultur und Zivilisation nicht in Einklang zu bringen sind, brauche ich nicht aufzuführen. Ein Premierlieutenant ließ einen Mann in der Reithalle auf einem Dünghaufen umherfahren und ihm eine Pferdetrense umlegen, und befahl ihm, wie ein Hund zu bellen. Es ist kaum zu glauben, daß man so mit Menschen umgeht, und noch ungläublicher, daß dieser Offizier an die Stelle jenes irrsinnig gewordenen Hauptmanns befördert wurde. Es heißt ja, daß Mißhandlungen Untergebener dem Avancement der Offiziere nicht hinderlich sind, während gegen Untergebene mit aller Strenge verfahren wird. Die Soldaten wagen es bei dem heutigen Weidewesen kaum, sich über ihre Vorgesetzten zu beschweren. Abel selbst ist über die Berechtigung der Mannschaften zur Beschwerde von seinem Offizier garnicht instruir worden, es sei ganz gut, hieß es, wenn die Soldaten nicht wissen, in welcher Weise sie ihre Beschwerden anzubringen haben. Leider besteht ja seit mehr als einem Jahrhundert die traditionelle Anschauung unter den Offizieren, die gemeinen Soldaten seien Menschen einer besonders niederen Gattung. Im Laufe des vorigen Monats ging aus der „Ostfriesen Post“ die Notiz durch die Presse, daß eine Anzahl von Landwehrmännern, die zu einer zehntägigen Landwehrrübung einberufen wurden, von dem Hauptmann so ange-redet wurden: Ihr oßhigen Ostfriesen! Ich will Euch am Wohlsten, wenn Ihr vier Stunden auf Eurem Miß kommt Ihr auf die Kindviehaußstellung wo Ihr die goldene Medaille bekommt. Glücklichweise bin ich kein Ostfrie, sondern Brandenburg und dort faßt man keinen Schnaps. (Lebhaft.) Eine so empörende Behandlung von Familienvätern kann unmöglich bei den Soldaten Gefühnungen hervorrufen, welche der Unterstützung des herrschenden Systems förderlich sind. In Jüttau lies man einem Gemeinen ein Stück Eis so lange auf dem Kopfe, bis es schmolz. In Nürnberg ließ ein Unteroffizier in der Kaserne einen Mann bis auf die Haut entleiden, goß ihm wiederholt kaltes Wasser über den Kopf und zwang ihn, darauf über die Kaserne zu gehen. Infolge dessen mußte der Mann ins Hospital geführt werden, weil er die Sprache verloren. Das sind einfach barbarische Brutalitäten, wie sie nimmermehr in einem zivilisirten Staate, wo die allgemeine Dienstpflicht und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als Grund-lage unseres Staates angesehen werden, vorkommen dürfen. Danach ist es nicht verwunderlich, wenn die Zahl der Selbstmörder in der Armee in stetem Wachsen ist. Nach dem amtlichen Sanitätsbericht der königlichen preussischen, sächsischen und württembergischen Armee von 1888 haben sich 945 Mann selbst der-leibt. Die Zahl der Selbstmorde verhält sich zu der zivilen übrigen Todten in der Armee wie 22,5:100. Erreichte so würde Leben die Zahl der Selbstmorde ein Viertel der Todesfälle sein, ein allgemeines Entsetzen ausbreiten und Jedem. In jenem diesem furchtbaren Zustande ein Ende zu ysmorde sehr ver-Sanitätsbericht werden die Gründe dieser F als Selbstmörder schliert wiedergegeben. Bezeichnend ist, in. (Hört! hört!) bei aus Furcht vor Strafe 314 genannt w Straßengebuch ist ja den Sozialdemokraten.) Das Militär! bei den Sozial-auch ein barbarisches, (Sehr Wen Zeit nicht entsprecht, demokraten), welches unserer Typen, — nur in Bayern ist Soweit wir von Bestrafungen im Uebrigen besteht gewisser-ja das Verfahren öffentlich werden die Vorgefekten sehr ge-maßen eine geheime Verhören und mit grausamer Härte. Es linde bestraft, die Untergabe Militärverwaltung sich endlich ein-ist die höchste Zeit, daß, wie diesem Mißbrauche ein Ende mal mit der Frage Wenn man jene Berichte durchliest, so gemacht werden kann der Befürchtung erwehren, daß die Militär-kann man sich Uffellung der Thatfachen den Offizieren zu Liebe arzte bei der Pfo dargestellt haben, wie sie eigentlich sind. Es die Dinge des Militärärzte ein Attest ausstellen, um den Vor-kommt vor Möglichkeit zu bieten, den betreffenden Hauptmann gesehen mit Anstand aus dem Dienst entlassen zu können. oder Joch, daß die Stellung der Militärärzte im Großen und Das eine unwürdige ist, daß sie vielfach genöthigt sind, Nachrichten zu nehmen, die mit ihrer wissenschaftlichen Ueber-zeugung und ihrer Stellung nicht zu vereinbaren sind. Im ersten Dienstjahre betrug die Zahl der Selbst-morde 405, im 2. 192, im 3. 112, im 4. 144 und in den höheren Dienstjahren 188. Diese letztere Zahl ist über-raschend. Die Charginen nehmen sich oft das Leben aus Furcht vor Strafe wegen Mißhandlung der Untergebenen, wie dies noch lethlin in Ertrag passirt ist. Man schänt den Soldaten ein, ihr Wyerde menschlich zu behandeln, weil die Thiere so am beste

Ihren Zweck erfüllen. Soldaten gegenüber scheint man diese Rücksicht nicht zu nehmen, obwohl doch bekanntlich human behandelte Soldaten mindestens ebenso gut ihren Dienst verrichten, wie die anderen. Unter dem Trau graffieren die Selbstmorde am meisten, obwohl die Dienstzeit nur sechs Monate beträgt; ihre Zahl ist doppelt so hoch wie bei der Kavallerie. Das Militär-Strafprozess-Verfahren muß endlich von Grund aus verändert werden. Es heißt, daß seit einer Reihe von Jahren zwischen den verbündeten Regierungen über diesen Punkt Unterhandlungen bestanden; man soll sich bemüht haben, die bayerische Regierung zu bewegen, auf daß in Bayern bestehende Militärgerichts-Verfahren zu vereinfachen, um ein allgemeines, gleichmäßiges Militärgerichtsverfahren durch ganz Deutschland herzustellen. Dazu soll die bayerische Regierung nicht geneigt sein. Die Öffentlichkeit des Verfahrens würde am besten dazu beitragen, daß die Vorgesetzten human und menschlich mit ihren Soldaten umgehen. Es ist kaum glaublich, daß Richter, Ankläger und Verteidiger in der Person des Auditeurs in einer Person vereinigt sind. Die Einrichtung des einjährig-freiwilligen Dienstes begünstigt lediglich die Söhne der herrschenden Klassen. Was soll man aber dazu sagen, daß Hallenser Studenten als Einjährige unter den Augen ihrer Offiziere auf der Messur liegen, und die Militärverwaltung hat alle Ursache, einmal sehr ernste Umschau zu halten, ob diesen Mißbräuchen nicht ein Ende gemacht werden kann. Ich erkläre rund heraus, daß ich es mir von jetzt ab geradezu zur Aufgabe machen werde, jede Mißhandlung im Laufe des Jahres festzustellen und daß ich Veranlassung nehmen werde, diesen Gegenstand zu einem stehenden Thema in den Beratungen des Reichstages zu machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Kriegsminister v. Kastenborn:** Der Zweck der Schilderung des Vortrags ist mir nicht klar geworden. Die Absicht, auf die Mehrheit des Hauses zu wirken, hat der Vortrager wohl nicht gehabt und ich hoffe, daß an den Stellen, auf die die Rede gemünzt war, sie keinen Anklang finden wird. Ich hoffe, die Armee wird sich nicht davon aufregen lassen. (Beifall.) Man wird nicht glauben, daß diese Zustände allgemein verbreitet sind. Es bedurfte der Wohnung aus dem Hause nicht, daß der Versuch zum Mißhandeln der Leute entgegengetreten werden müsse. Ich fordere den Beweis, daß irgend eine Mißhandlung nicht geschehe. Die Beschwerden, welche der Vortrager auf Grund von Broschüren und Zeitungsartikeln vorgebracht hat, entbehren der Grundlage; ein Blick in die Militär-Strafprozessordnung hätte ihn davon überzeugen müssen. Von oben herab wird auf die gute Behandlung Gewicht gelegt. Daß Mißhandlungen vorkommen, ist richtig. Es handelt sich eben zum Teil um junge Leute, die sich hineinziehen lassen. Es wäre nur dann richtig, Vorkwürfe deswegen zu erheben, wenn es bewiesen werden könnte, daß dem nicht mit aller Bestimmtheit und Strenge des Gesetzes entgegengetreten wird. (Zuruf links: Auch durch Zurückstellung im Anwesenheit?) Ich kann nicht auf Alles eingehen, da ich auf die Einzelheiten nicht vorbereitet bin. Bezüglich der Broschüre von Abel muß ich zugeben, daß das Meiste, was darin behauptet wird, tatsächlich vorgekommen ist; aber der betreffende Offizier ist irrtümlich. Auf Grund der Broschüre ist nachträglich den Sachen nachgesehen worden, und es sind zahlreiche strenge Bestrafungen erfolgt. Der Beschwerdeweg ist nicht schwierig und kompliziert, sondern sehr einfach. Es gibt einen vollständigen Instanzenzug, und es sind Kanteln geschaffen, daß böswillige Beschwerden bestraft werden. Die Frage der Mißhandlung hat mit der Beschwerde gar nichts zu tun. Es ist nur die Meldung zu erstatten. Man darf ja jetzt wohl erwarten, daß nicht der kleinste Fall mehr verschwiegen bleiben wird, und alle werden nach der Strenge des Gesetzes untersucht und geahndet werden. Die Zahl der Selbstmorde hat übrigens in der letzten Zeit abgenommen. Die Selbstmorde werden daraus zurückgeführt, daß wir in Deutschland verschiedene Klassen und Stämme haben.

**Abg. Bebel:** Ich habe nur verlangt, daß die Militärverwaltung diesen Dingen größere Aufmerksamkeit schenkt, als es bisher der Fall gewesen ist, um den unlegbar vorhandenen Mißständen zu begegnen. Ich habe nicht gesagt, daß diese Zustände allgemein vorhanden sind, sondern nur in wesentlichen Teilen der Armee, und habe sogar ausdrücklich betont, daß vielleicht die Mehrheit der Vorgesetzten von humanen Gesinnungen befeuert ist. Der Kriegsminister begann damit, daß er meinte, ich habe es für gut zu befinden, diese Dinge zur Sprache zu bringen. Das ist mein Recht als Volksvertreter, und ich werde mich durch ihn nicht davon abbringen lassen, ob sie ihm gefallen oder nicht. Wenn die Vorführung solcher Thatfachen eine gewisse Erregung in die Armee bringt, dann mag man mich nicht verantwortlich machen, sondern diejenigen, welche solche Zustände hervorgerufen. Der Kriegsminister sprach von schweren Bestrafungen, die eingetreten seien. Das freut mich. Was es aber auch eine Bestrafung des Premierlieutenant Kadler, der eine Trenne den Leuten in den Mund legte, sie auf allen Bieren in dem Kasernenhofe spazieren und wie Hunde belien ließ, zum Hauptmann befördert worden ist? Wenn jederzeit die Bestrafung in solcher Belohnung besteht, dann dürfte man sehr lange warten, bis die von mir gerügten Zustände abnehmen. Die Bestimmungen über den Beschwerdeweg sind sehr klar und einfach. Wenn trotzdem die Soldaten in der ungeheuren Mehrzahl nicht wagen, die Beschwerden anzubringen, so geschieht das, weil sie ganz genau wissen, daß von dem Augenblick an ihnen das Leben so lauer gemacht wird, daß sie eine zweite Beschwerde gern unterlassen. Das ist die allgemeine Erfahrung. Wir ist auch wohl bekannt, daß der Allerhöchste Kriegsherr eine ausdrückliche Verordnung erlassen haben soll, wonach unter Androhung der schwersten Strafen die Mißhandlungen unterbleiben sollen. Wenn trotzdem die Zeitungen fortgesetzt solche Dinge bringen, so ist das ein erschreckender Beweis für die Wirkungslosigkeit eines derartigen Befehls des Allerhöchsten Kriegsherrn — wie sehr das bisherige Gesetz eingewurzelt ist. Hier bedarf es anderer Mittel. Zur Aufklärung des Verhaltens der Offiziere gegen die Landwehrlente in Kurich führt der Kriegsminister an, daß die Rekruten nicht einmal den Namen des Kaisers wußten. Was kann man denn die Landwehrlente dafür verantwortlich machen? Die schlechte Behandlung hat sich übrigens nicht bloß gegen die Schullehrer, sondern gegen die ganze Kompanie gerichtet. Daß die Selbstmorde aus Massenabstammung oder gewisse Stammesneigungen entstehen, das festzustellen ist dem Kriegsminister vorbehalten geblieben. Die verschiedenen Armeekorps artikulieren daran und ungewissheit ist die Behandlung der Soldaten in erster Reihe die Ursache. Der Kriegsminister dürfte durch seine heutige Behandlung dieser Dinge an seiner eigenen Autorität Einbuße erleiden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Sanna (Reiz):** protestirt dagegen, daß die Schilderung Bebel's berechtigt sei. Aus seiner 27jährigen Erfahrung als Offizier müsse er die Richtigkeit bestritten. Die Unteroffiziere sind zum großen Teil junge Leute, die nicht einmal die genügende Vorbildung haben; die Sozialdemokraten hätten ja dagegen gestimmt, daß die Unteroffiziere durch Prämien zu längerem Dienste veranlaßt würden. Daher kommt es, daß die unerfahrenen Unteroffiziere zu scharfen Maßregeln ihre Zuflucht nehmen, um die Soldaten besser und schneller anzubilden. Daß das Militär-Strafverfahren nicht öffentlich sein kann, liegt auf der Hand. Darunter würde die Disziplin leiden. (Zurufen: In Bayern!) Die gute Behandlung der Soldaten, die Fürsorge der Vorgesetzten für ihre Untergebenen werden verschwiegen. Die ganze Disziplin soll ja nur dazu dienen, die Disziplin in der Armee zu untergraben. Jede einzelne Uebertretung wird und soll bestraft werden.

**Abg. Sina (Bz.):** Für die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens auch in militärischen Dingen treten auch Vertreter der Partei des Vortrags ein, so z. B. Windthorst und Reichensperger; diese Öffentlichkeit besteht übrigens schon in Bayern.

Daß der Auditor Untersuchungsrichter, Ankläger und Verteidiger in einer Person ist, ist ein unhaltbarer Zustand. Die Dienstprämien haben mit der Frage der Mißhandlung nichts zu thun. Denn auch mit Dienstprämien werden die Unteroffiziere die ersten Jahre ihrer Ausbildung durchmachen müssen und in diese ersten Jahre fallen die Thätlichkeiten, zu denen sie sich hinreichend lassen. Daß alle zur Kenntlich-gelommenen Mißhandlungen bestraft werden, ist richtig; aber es kommt nicht ein Drittel der Fälle zur Kenntlich der Vorgesetzten. (Sehr richtig!) Die meisten Mißhandlungen kommen beim kleinen Dienst in den Korporalschaften vor; es ist unmöglich, daß alle diese Dienste von Offizieren beaufsichtigt werden können. Das Schlimmste dabei ist, daß die Unteroffiziere die Mißhandlungen nicht selbst ansähen, sondern durch ihre Untergebenen ausüben lassen. Der Beschwerdeweg ist vorhanden, aber er kann erst dann wirksam werden, wenn der Soldat durch die Instruktion verpflichtet wird, den Beschwerdeweg zu betreten. Die Rekruten sind Schläge aus ihren Zivilverhältnissen so gewöhnt, daß sie die Scham nicht empfinden, welche darin liegt. Wenn das Ehrgefühl des Soldaten geweckt würde, so würde das sehr rathsam sein.

**Abg. v. Kardorff:** Daß die Eltern ihre Kinder mit einer gewissen Beurlaubung in den Dienst treten sehen, ist nicht richtig; ich setze bei allen Aushebungen nur, daß die Rekruten mit Lust und Liebe in den Dienst treten. Die Selbstmorde in anderen Armeen sind viel größer als bei uns. Die Nation blüht mit Stolz auf die Erziehung in der Armee zurück, das beweist der Umstand, daß gebildete Leute überall vorgezogen, weil sie zum Pflicht- und Ehrgefühl erzogen sind. Das wird auch so bleiben trotz aller Versuche des Abg. Bebel.

Das Kapitel Kriegsministerium wird genehmigt und darauf um 1/2 Uhr die weitere Verathung bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

## Tokales.

**Ein bürgerliches Sandouci.** Unsere lehtin ausgesprochene Hoffnung, daß, obgleich unser Platz in den Räumen des Friedrich-Wilhelms-Hospitals und der Stechenanstalt verboten ist, unsere dortselbst weilenden altersschwachen kranken Mitbürger doch auf irgend eine Art Kenntlich erhalten würden von unserem Vorgehen, hat sich schneller erfüllt, als wir geglaubt haben. Denn ebenso üppig, wie der Schwamm in jener Anstalt wuchert, tauchten plötzlich die „Vorwürfe“ in jenen unentweichten Räumen auf und wurden von den Hospitaliten ebenso gierig verschlungen, wie die „Batterkiste“, die zum Frühstück und zum Abendbrot geliefert wird. Darum herrschte an maßgebender Stelle großes Entsetzen, und es begann nun eine Ausrottungs-jagd auf unsere Zeitung. Jedes Exemplar, dessen man habhaft zu werden vermochte, wurde unweigerlich konfisziert. Die Folge ist, daß jetzt keine Zeitungsfrau mehr in die Anstalt hineinkommt. Alle Zeitungen müssen beim Pächter abgegeben und von dort abgeholt werden, damit ja keine Kontrobande mit unterläuft. Auch des Herrn Direktors Zeitung ist nicht ausgenommen. Die Hospitaliten werden nunmehr noch strenger isoliert, als bisher, und was wird denjenigen, welche im Besitze eines „Vorwärts“ betroffen wurden, geschehen?

**Absichten und Thaten mancher Herren Arbeitgeber,** die sich für das Wohl der Arbeiter öffentlich manchmal recht ausfallend ereifern, stehen miteinander sehr häufig im schroffen Widerspruch. In einem Engrosgeßäft in der Klosterstraße ist augenblicklich viel zu thun, da die Frankfurter Messe bevorsteht, die von der gedachten Firma befehlet wird. In solchen Zeiten reicht nun das vorhandene Personal an Arbeitkräften, Verkäufer und Hausdiener, nicht aus, auch die gewöhnliche Arbeitszeit von 8 bis 1/2 Uhr mit 1/2 Stunde Mittagspause wird nicht selten überschritten. Die Firma hat nun eine größere Anzahl Soldaten, die von allen Regimentern nach Berlin „zur Schule“ kommandiert sind, für ihre freien Tage engagiert; ebenso Mannschaften der Berliner Feuerwehrt, die bekanntlich jeden dritten Tag frei haben, um ihrem anstrengenden Dienste gerecht werden zu können.

Alle diese Leute erhalten bei der erwähnten Firma einen Tagelohn von 4 M., also unter den augenblicklichen Verhältnissen eine ganz anständige Bezahlung. Die Leute arbeiten dafür von 8 Uhr Morgens bis Abends 9 oder 10 Uhr und Sonntags Vormittags. Wie es scheint, wechseln die Personen sehr häufig, was wohl mit ihren Hauptberufen zusammenhängen mag. Ihre Arbeit besteht im Aufräumen des Lagers, Auslegen und Fortschaffen der verkauften Waaren, alles Arbeiten, die jeder beliebige andere Arbeiter ebenfalls machen kann und gewiß gern machen würde.

Die Feuerwehrlente erhalten doch ein einigermaßen ausreichendes Gehalt; die Soldaten in „ihrer Ferienkolonie“ ebenfalls; wie kommen diese Leute — so fragt sich mancher beschäftigungslose Arbeiter mit Recht —, die aus dem Steuersäckel erhalten werden müssen, dazu, die Arbeitern die Arbeitsgelegenheit fortzunehmen? Gewiß mag es für diese Leute angenehm sein, etwas nebenbei zu verdienen; aber die Feuerwehrlente sind im Amt und bezahlet und benutzen ihren Ruhetag. Den Soldaten will man von der dreijährigen Dienstzeit nichts ablassen, weil sie sonst nicht tüchtig genug ausgebildet werden — und beschäftigungslose Arbeiter liegen zu Tausenden auf der Straße und hungern.

Auf der anderen Seite freilich sind die Herren Inhaber der betreffenden Firma sehr thätig bei der „Veranstaltung von Volksunterhaltungs-Abenden“!

Man kann also von ihnen annehmen, daß sie sich Mühe geben, für das Wohl der Arbeiter nach ihrer Meinung etwas zu thun. Aber ist es denn da so schwer zu begreifen, daß ein Geschäftsprinzip, wie das geschloßerte, die Interessen der Arbeiter schwer schädigt? Glauben die Herren denn, daß ihre übrigen Arbeiter sehr erfreut sind, wenn sie mit Feuerwehrlenten und Soldaten zusammenarbeiten und nachher das Geld von Hunderten von beschäftigungslosen sehen, denen hier eine Gelegenheit zur Arbeit entzogen wird? — Das bloße gute Wollen und das Wohlwollen für die Arbeiter allein machen nichts besser, wenn man bei den geschäftlichen Anordnungen nicht zugleich diese Verhältnisse etwas schärfer ins Auge faßt und ihnen Rechnung trägt.

**Arbeiterethik — Reichstag — Interessensharmonie** — wie reimt sich das zusammen. Der „freisinnige“ Arbeiterverein weiß es jetzt, Herr Dr. Bachnick hat's ihm gesagt. Der Herr Abgeordnete brauchte allerdings zwei Stunden für die komplizierte Erklärung, unterhielt aber auch dafür die anwesenden Genossen aus beste mit seinen „utopischen Bahndeeen“ vom Zukunftsstaate. Dieser Schwachsinigkeit widerfähre wahrlich zu viel Ehre, wollte man sie hier wiederholen; höchstens Eugen, der Irrlehrenmann, könnte seine Freunde daran haben, wie heillos die Köpfe seiner Nachbeter und Nachtreter uns gegenüber vernagelt sind. Schade genug, daß sich noch immer Sozialdemokraten finden, die auf die blöde Reugierde nach dem Stiefelpuzer kommender Jahrhunderte z. z. antworten. Ein freisinniger Arbeiter, ein wirklicher „Kampfarbeiter“ schien extra auf diese Art „geistigen Kampfs“ traint zu sein; er rühmte sich laut seiner Siege gegen Schloffer, Köpfer und Maurer, „die natürlich — Sozialdemokraten waren“ — welche Macht der Erde wird die Partei vor diesem Unholde schätzen! Das Ende war eine sonnenne Kauschweiterei à la Bödel-Tonhalle, als Jemand einen Zuruf machte. Der Widerspruch der Genossen gegen solche staatsbehaltende Thätigkeit veranlaßte den Vorgesetzten, die Versammlung auflösen zu lassen und die freisinnigen „Arbeiter“ entschädigten sich durch Hochrufe auf „Bachnick“. Solche geisttöbende Pfaffenweberei wagt ja auch werth.

Offenlich sehen es bald die Sozialdemokraten alle ein, daß ihre Zeit für diesen freisinnigen Rumpstanz denn doch zu schade ist, und daß ihr unangebrachter Eifer allein noch diese „Versammlungen“ interessant zu machen im Stande ist.

**Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten** findet gegenwärtig wieder eine Zählung des Wagenverkehrs in der Königstraße statt. Unter der Ueberführung am Stadtbahnhof Alexanderplatz stehen seit mehreren Tagen zwei Schutleute, welche jeden vorbeifahrenden Wagen zählen und verzeichnen, der eine die von oben, der andere die von unten kommenden. Es handelt sich bei dieser Zählung dem Vernehmen nach um die Beantwortung der Frage, ob durch den zunehmenden Verkehr in der Kaiser-Wilhelmsstraße bereits eine Entlastung der Königstraße stattegefunden hat. Die Antwort dürfte verneinend ausfallen, bisher ist eine Entlastung der Königstraße noch nicht zu bemerken; eine solche dürfte nach der Meinung der Anwohner auch erst eintreten, wenn die Straße an der Stadtbahn über das Grundstück der fiskalischen Bäckerei hinweg bis zur Stralauer Brücke und andererseits die Blumenstraße bis zur Stralauer Straße fortgeführt sein wird.

Das öffentliche Anschlagwesen ist in einer vorgestern stattgehabten Sitzung des Magistrats definitiv auf weitere zehn Jahre an die Firma Raut u. Hartmann für eine jährliche Pacht von 255 000 Mark vergeben worden. In Konkurrenz für dieses Anschlagwesen waren außerdem die folgenden Firmen getreten: Junke u. Co., Fabrikanten einer Bringmaschine, mit 151 000 M.; Buchdruckereibesitzer Billig mit 202 000 M.; Buchdruckereibesitzer Max Raack mit 210 000 M. u. die Herren Rath u. Grünner mit 241 500 M.

**Zwei Militärpersonen** erregten am Donnerstag Abend in der zweiten Stunde einen heißen Aufruhr, der mit der Verhaftung des einen endete. Der Arbeiter W. posierte mit zwei Bekannten die Oberlärstraße und wurde hier von einer Person in Zivil, in deren Begleitung sich ein Soldat befand, ohne Veranlassung mit einem Stock auf den Kopf geschlagen. Als W. hierüber seinen Anmaßen äußerte, hieb der Mann weiter auf ihn ein und verfolgte ihn durch die Lädenstraße, während die beiden Bekannten W. nach einem Schutzmann suchten. Gegen einen dem W. zu Hilfe kommenden Unbetheiligten soll der Soldat blank gezogen haben; dieser Unbetheiligte zog sich dann zurück und hat sich bisher nicht wieder gemeldet. Als nunmehr ein Schutzmann hinkam, hatten die beiden Gefährten sich in ein Lokal in der Lädenstraße begeben. Hier wußten sie dem Schutzmann zwar zu entweichen, durch Verfolgung wurde jedoch der in Zivil Befindliche ergriffen, während sein Gefährte entkam. Der Schütze machte auf dem Revier falsche Angaben über Namen und Wohnung, was sofort auffiel, da er in der Lädenstraße Nr. 65 wohnen wollte, diese Straße eine solche Nummer aber garnicht hat; auch zeigt die Militärhose, welche er trug, einen anderen Namen. Die Polizei ließ darauf eine Patrouille des 8. Garde-Regiments holen, die ihn mitnahm, nachdem er vergeblich durch ein Geldangebot an W. unangenehme Folgen abzuwenden versucht hatte.

**In der Untersuchungssache** wider die Dienstmagd Köllen, welche unter dem dringenden Verdachte steht, am Abend des 26. Februar den Versuch gemacht zu haben, ihre Dienstherrin, die Frau des Bäckermeisters Bacha in der Berliner Straße zu Hummelburg zu ermorden, sind die polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen und hat der Untersuchungsrichter am Landgericht II., Landgerichts-Rath Friedberg, die Fortsetzung der Untersuchung in die Hand genommen. Am Donnerstag wurden sämtliche Zeugen vor dem genannten Untersuchungsrichter vernommen.

**Ein Briefmarder,** der es auf „postlagernde“ Sendungen abgesehen, macht gegenwärtig die Schalter der Postanstalten des Zentrums der Stadt unsicher. Wie derselbe sein Handwerk betreibt, geht aus folgendem hervor: Ein in der Königstraße wohnender Jahntechner K. hatte vor einigen Tagen in einem Berliner Blatte nach einem Schreiber anonniert, und ließ diebeständige Offerten unter „postlagernde Postamt 25 (Königsgraben)“ niederlegen. Das Resultat dieser Annonce war für Herrn K. gleich Null, ein zweites Infuzat hatte ebenso wenig Erfolg, und da früher einmal bei ähnlicher Gelegenheit eine große Anzahl von Schreibern eingelaufen war, zog der Infuzent persönlich Erkundigungen auf dem obigen Postamt ein, und ersuhr nun dort zu seinem Erstaunen, daß beide Male ein Fremder vor ihm die eingelaufenen Briefe, über hundert an der Zahl, abgeholt habe. Wahrscheinlich hat der Briefmarder die Annahme in der Zeitung gelesen und auf die für die Antwortschreibern beigelegten Heftspennig-Marken spekuliert; leider war es dem Beamten, der dem Betrüger die Briefe ausgehändigt, nicht möglich, das Signalment des Briefmarders anzugeben.

**Die Omnibuslinie Wedding-Spittelmarkt** wird nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten für die Dauer der Sperrung des Ueberganges der Kaserstraße über die Stettiner Bahn und der gleichzeitigen Sperrung der Straße 88 (verlängerte Hufschienenstraße) nur bis zum Treffpunkt der Kaser- und Gartenstraße führen. Die Wagen werden die Nordseite des Gartenplatzes und sodann die Gartenstraße hinaus bis zum Ende derselben an der Stettiner Bahn fahren und an der zum Uebergang über die Bahn erbauten Fußgängerbrücke Aufstellung nehmen. Der Fahrpreis beträgt für die ganze Linie 15 Pf. und für die Theilfahrten Gartenstraße (an der Stettiner Bahn) — Museum, bezw. Koppelpfad — Spittelmarkt je 10 Pf.

**Zeugen gesucht.** Alle diejenigen, welche am Freitag, den 18. Februar, Abends zwischen 9 und 1/10 Uhr dem Vorfall am Friedrichshain beizuwohnen, bei dem es zur Verhaftung eines älteren Mannes kam, werden ersucht, ihre Adressen an den Weber Herrn Anton Beyer, Memelerstraße 61, Hof 2 Treppen, einzusenden.

**Polizeibericht.** Am 12. d. M. Vormittags fürzte sich in der Michaelstraße ein 15 Jahre altes Dienstmädchen aus einem Fenster des zweiten Stods auf den Hof hinab und erlitt eine so schwere Verletzung am Kopfe, daß es nach dem Krankenhaus behanden gebracht werden mußte. — In der Spree, hinter dem Grundstück Mühlenstr. 10, wurde Mittags die Leiche eines unbekanntes, etwa 50 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Nachmittags wurde ein Tapezierer in seiner Werkstatt in der Simeonstrafe erhängt aufgefunden. — In der Juvallentstraße fiel Abends eine Frau beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zur Erde und erlitt eine Verrenkung des Hüftgelenks. — Am 12. d. M. und am darauf folgenden Morgen fanden drei kleine Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

**Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts** stand am 10. d. M. Termin gegen den Genossen Schumacher Me-debauer an, der der Gotteslästerung und Beschimpfung der christlichen Kirche angeklagt war. Er sollte diese Vergehen in einer Schumacher-Versammlung am 7. Juli vorigen Jahres begangen haben, in welcher er nach dem Referat als erster Redner in der Debatte das Wort nahm. Seine Ausführungen hatten sich auf die Frauenfrage bezogen und es bekundete der als Zeuge vernommene Polizeileutnant Wolffheim, welcher die Versammlung überwacht hatte, daß der Angeklagte hierbei die Theorien der Bibel als dumm und nicht maßgebend bezeichnet habe, was sich auf die Bibel als Ganzes bezogen hätte, während Medbauer es nur auf die Stellung der Frau in der biblischen Lehre bezogen zu haben erklärte. Der Staatsanwalt, der vor dem Beginn der Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragt hatte, was der Gerichtshof ablehnte, begte keinen Zweifel, daß hier ein Vergehen gegen den § 106 R.-Str.-G. vorliege und beantragte drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof nahm mit dem Verteidiger, Rechtsanwalt Deit, an: Wenn ebenso wie das Referat des Herrn Baginski sich die Ausführungen des Angeklagten ausschließlich mit der Frauenfrage beschäftigt hätten, so könne auch die inkriminierte Stelle logisch



# Freie Volksbühne.

Außerordentliche

## General-Versammlung

am Mittwoch, den 18. März, Abds. punkt 8 Uhr,  
im Concertsaal „Sanssouci“, Rottbuserstr. 4a.

Tagesordnung:

1. Antrag des Vorstandes auf Aenderung der Statuten betreffs Weitererhebung von 50 Pf. Monatsbeitrag für das Sommerhalbjahr und als Äquivalent 4 weitere Vorstellungen für jede Abtheilung. 951 b  
Von 9 Uhr ab haben Gäste Zutritt und findet ein Vortrag über Chamisso statt, verbunden mit Vorlesung aus den Werken Chamisso's.

Der Vorstand.

## Bekanntmachung.

Die kombinierte ordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Berufsgenossen in Berlin findet am

Sonntag, den 22. März, Vormittags 10 Uhr,  
im Restaurant von Seefeldt, Grenadierstraße Nr. 33,  
statt, wozu die Herren Delegirten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Revisoren und Rechnung des Vorstandes. 2. Bericht des Vorstandes über den Stand der Angelegenheit mit dem Gewerks-Krankenverein. — Das Mandat legitimirt. 890 b

Der Vorstand. Carl Thieme.

## Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Sonntag, den 15. März, Nachm. 3 Uhr,

bei Anbel, Badstraße 58.

Vortrag der Frau Heinrich-Wilhelmi: Frauenrecht ist Menschenrecht. 153/19

Der Einberufer: Paul Heimann.

## Zimmerleute!

Montag, d. 16. März, Abends 8 Uhr, in Rehlisch' Salon, Bergstr. 12:  
**Vereins-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Dr. Lütgenau über Anfang und Ende der Religion. 352/7  
2. Verschiedenes und Fragebeantwortung.  
Nicht eines jeden Zimmerers ist es, zu erscheinen.

Sonntag, d. 14. März: Stiftungsfest bei Reichel, Müllerstraße 7. Gäste willkommen. Der Vorstand.

## Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter

und verw. Berufsgenossen. (Zahlstelle Berlin.)

Am Dienstag, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Mehnert: „Was lebt und die Schule, was lehrt uns das Leben.“ 2. Diskussion. 3. Delegirtensteuer. 4. Arbeitsnachweis. 5. Verschiedenes. — Zeitungen sowie Beiträge in der Versammlung beim Kassierer. Gäste sowie unsere Berufsgenossinnen sehr willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet. 160/5

Der Vorstand.

## Grosse öffentl. Versammlung für Frauen und Männer

am Sonntag, den 15. März 1891, Abends 6 1/2 Uhr, 153/18

in den Zentral-Gesälen, Oranienstr. 180.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die Ursachen des Massenelends.“ Referent: F. Feldmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Geselliges Beisammensein. Genossen und Genossinnen laden zu recht zahlreichem Besuch ein. Die Beauftragten.

## Achtung Maurer!

Sonntag, den 15. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Bismarcks-Höhe, Wilmersdorferstraße 39:

## Versammlung

des Interessen-Vereins der Maurer Charlottenburgs.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Organisation. Referent: Genosse Pirch. 2. Diskussion. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Abrechnung und Verschiedenes. — Kollegen, mache es sich ein Jeder zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen, damit wir endlich eine starke Organisation in Charlottenburg zu Stande bringen. 241/2

## Freie Gemeinde Rixdorf.

Große öffentliche

## Versammlung für Frauen u. Männer

am Sonntag, den 14. März, Abends 8 Uhr,

im Lokale des Herrn Hoffmann, Berg-Strasse No. 133.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Frau Heinrich-Wilhelmi über: Frauenrecht ist Menschenrecht. 2. Diskussion. 3. Fragestellung. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

## Große öffentliche Versammlung

## Eisen- u. Metallarbeiter

aller Branchen Berlins

am Sonntag, den 15. März 1891, Vorm. präzis 10 Uhr,

im Saale der Brauerei „Friedrichshain“ (früher Lips).

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Elfer-Kommission. 2. Diskussion und event. Abänderungs-Anträge. 3. Wahl eines provisorischen Vorstandes.

Da um 2 Uhr das Lokal geräumt sein muß, ist pünktliches Erscheinen unbedingt nötig. 294/18

Petzold.

## Möbel auf Theilzahlung Hugo Lewent, Lothringersstr. 75.

## Codes-Anzeige.

Den Klavierarbeitern und verwandten Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Kollege

## Gustav Rautenberg

im Alter von 39 Jahren am 12. d. M. an der Halschwindstucht verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, Mittags 12 Uhr, vom Hedwigs-Krankenhaus, Gr. Hamburgerstr. 10, aus nach d. Bionn-Kirchhof in Reichensee statt. Um zahlreiche Theilnahme bittet. Der Vorstand.

Erschpunkt der Noll. aus Ost und Süd-Ost Schlesischer Bahnhof (Madaistraße) 11 1/4 Uhr.

## Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins u. Umgegend.

Am 11. dieses Monats verstarb unser Kollege und Vereinsmitglied Julius Janson.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle d. neuen Luisenkirchenhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. Um rege Theilnahme der Mitglieder ersucht. Der Vorstand.

## Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten, sowie allen Kollegen, sage ich für die Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes hiermit meinen innigsten Dank. Wittve Seeliger nebst Kindern.

Der Vorstand.

## Oeffentliche Versammlung

## Steinbildhauer

Berlins

am Montag, den 16. d. Mts.,

Abends 8 1/2 Uhr,

im Saale des Herrn Müller,

Johannisstr. 20.

T.D.: Bericht des Delegirten von der Bauhandwerker-Konferenz. Wie stellen wir uns zur Stellenvermittlung? Diskussion. Verschiedenes. 117/9

Der Einberufer.

## Steinbildhauer!

Die Vereinsversammlung fällt Montag zu Gunsten der öffentlichen Versammlung aus. 117/10

Der Vorstand.

## Fr. Vereinigung der Album-Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.

Montag, den 16. März 1891, Abends 8 1/2 Uhr präz. in Rehnert's Klubhaus, Annenstr. 18. 100/3

Tages-Ordnung:

1. Das Invalid- u. Altersversicherungsgesetz. Ref. Herr Hildebrandt. 2. Vereinsangelegenheit. 3. Fragez. Es w. geb. recht pünktl. z. ersch. Der Vorstand.

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“

(E. S. 89 Hamburg) Filiale II.

Sonntag, den 14. März,

Abends 9 Uhr,

bei Herrschel, Adolbertstraße 4:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: Kassendevant. Aufstellung der Kandidaten zur General-Versammlung. Verschiedenes. 229/2

## Gesang-Verein Männer-Chor „St. Urban“.

Heute Sonntag lehter diesjähriger Maskenball in Konz. Ball-Salon, Mannstr. 27.

Genossen willkommen. (Billets f. red. Theil.) Sonntag, den 22. März Arbeiter-Vieder-Abend. 156/6

## Bekanntmachung.

Nach Beschluß der Generalversammlung vom 4. November 1890 hat sich unterzeichnete Genossenschaft aufgelöst. Die Gläubiger derselben sind hiermit aufgefordert, ihre Forderungen bei den unterzeichneten Liquidatoren bis spätestens den 15. März 1891 anzumelden.

Die Bilanz war e am 22. November 1890 i. „Welt-Volkblatt“ bekannt gegeben. Vereinsbäckerei in Deutschland (Wingetragene Genossenschaft m. unbeschränk. Haftung). In Liquidation. Der Vorstand.

E. Pfeiffer, Kolonnenstr. 20, Geschäftsführer. R. Nürnberg, Schönd. Haus, Allee 20, Kassierer.

## Warnung!

Ich erkläre hiermit, daß das ehrenrührige Gerücht, welches ich gegen den Kollegen Oswald Grauer in Umlauf gesetzt habe, auf Unwahrheit beruht und warne daher, dasselbe weiter zu verbreiten, indem ich hierdurch Abbitte leiste. 944 b

Berlin, den 12. März 1891.

Albert Marquardt, Tiefstr. 21.

## Süddeutscher Postillon Nr. 6

ist eingetroffen. Die Nr. 10 Pf. Wiederverkäufers lohnender Rabatt. 242L

H. Rothhardt, S. Mariannenstr. 34.

## Schmargendorf.

Öffentl. Versammlung für Männer u. Frauen am Sonntag, den 15. März, Nachm. 3 1/2 Uhr,

im Friedrichs-Garten (P. Kübler), Dahlemerstraße No. 6.

Tagesordnung: 1. Der Kampf ums Dasein. Referent Herr Pirch. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach der Versammlung geselliges Beisammensein. Um zahlreiches Erscheinen bittet. 946 b

Der Einberufer.

## Friedrichshagen!

### Berichtigung.

Besonderer Umstände wegen findet die öffentliche Versammlung nicht im Gesellschaftshaus statt, sondern im Saale des Herrn Carl Conrad. 894/12

## Achtung! Arbeiter des Ostens!

Beim Einkauf von Hüten mit Kontrollmarke bitte ich genau auf meine Firma zu achten. Franz Haupt, Hutmacher, Gr. Frankfurterstr. 145.

Große Auswahl. Billige Preise. Stets neue Façons. 846L

Schirme. Mützen. Spazierstöcke.



## G. Scharnow's

Älteste und anerkannt leistungsfähigste

### Uhren-Fabrik

En gros Berlin S., Export

Oranienstr. 152, Ecke Moritzplatz,

besteht seit 1860. Anerk. beste Bezugsquelle.

Nichel-Remontoir-Uhren von 10—15 M.

Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an

Goldene Damen-Uhren . . . v. 20 M. an

do. Ancre-Herren-Remontoir-Uhren . . . v. 50 M. an

Regulateure . . . v. 8 M. an

do. in polirtem Rußbaum-Gehäuse, ca. 1 Mtr. lang, 14 Tage gehend . . . v. 14 M. an

Wieder-Uhren in verschied. Mustern . . . v. 3,50 M. an

Bitte genau auf die alte Firma: Oranienstrasse 152 zu achten. 71 L

## Schuhmacherei

Heimstraße 18. Wilh. Herbach. 18.

Schuhwaarenlager | Anfertigung eigener Fabrik | von Schuhwerk nach Maß, für und aus den renomirtesten Fabriken. Fußleidende der Form des Fußes des In- und Auslandes. 71 L

Reparaturwerkstatt im Hause. Grundzüge: Solide Waare. Mäßige, aber feste Preise.

## !!! Billig und gut !!!

kauft man in der Herren- u. Knaben-Garderoben-Fabrik v. Adolf Geredtner,

Fabrik und Lager: Spandauer-Strasse Nr. 36 u. 37, erste Etage.

Potsdamerstraße Nr. 57—59, Gülowstr. am

Filialen: Reinickendorferstraße Nr. 68, Wedding.

Oranienstraße Nr. 2a, Mantuffelstraße. an der

Direkte Bezugsquelle zu Fabrikpreisen. Gut sortirtes Lager in allen Artikeln.

Große Auswahl in Stoffen zu Bestellungen nach Maass.

Am Lager sind ca. 4000 Sommer-Paletots v. 10—20 M. f. 80

8000 Jacket-Anzüge v. 11—15 „ f. 90

1000 Einseign.-Anzüge v. 12—18 „ f. 22

5000 Stoff- u. Kammg.-Hos. v. 3—7 „ f. 12

6500 Knaben-Anzüge v. 3 M. an. 1908L

Hiermit die ergebene Mittheilung, daß ich mit dem heutigen Tage meine, bisher in der Brunnenstr. 145, unter Leitung und Firma des Herrn H. Herholz betriebene

## Rohtabak-Niederlage

unter meiner altbekannten Firma F. Leopold

## Brunnen-Str. 6

verlegt habe. Die Leitung derselben habe ich dem als tüchtigen Fachkennner bekannten Herrn Sebastian Groebel in Händen gelegt, auch bin ich infolge geringerer Unkosten im Stande, die Preise meiner Rohtabake derartig niedrig zu stellen, daß ich jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten vermag. Hauptgeschäft: 27.

## Roh-Tabak.

Meine neu begründete Tabak-Handlung befindet sich Brunnenstr. 145.

H. Herholz. Bis April Verkauf vorn im Keller.

Nur 1 Mark. Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. Pollak, jeht Raupachstr. 7, L. Auch Sonntags

Kindergarderobe jeglicher Art vom Einfachsten bis Hocheleganten, vom zartesten Alter bis zum 16. Jahre empfiehlt zu außerordentlich soliden Preisen Moritz Meyerstein, Rosenthalerstr. 45, neben der Rothen Apotheke. 960 b

Achtung! Empfehle mein Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal, sowie Mittag- und Abend-tisch. Auch ist ein Vereinszimmer zu vergeben. 960 b H. Sperling, Köpenickerstr. 191.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

**Wentzen i. Oberschlesien, 11. März.** Herr Karl Ziegler hier erhielt vom hiesigen Amtsgericht einen Strafbefehl in Höhe von 75 M. event. 25 Tagen Haft wegen Verbreitung der Nr. 1 der „Gazeta Robotnicza“ an öffentlichen Orten, ohne die polizeiliche Erlaubnis hierzu zu besitzen. Gegen den Strafbefehl wird Einspruch erhoben werden.

**Danzig.** Eine stark besuchte Volksversammlung tagte am vorletzten Montage im Saale des Herrn Kresin. Der geräumige Saal mit seinen Gallerien war schon eine halbe Stunde vor Eröffnung überfüllt, so daß einige Tische und Stühle entfernt werden mußten und die Eingänge von der Polizei besetzt wurden, damit Niemand mehr hineinläme. Diesmal überstieg das Aufgebot von Schulgelehrten die sonst schon große Zahl, sogar im Garten und in den versteckten Seitengängen standen Trupps von Beamten. Im ganzen mögen es an 60 Mann gewesen sein. Auf der Tagesordnung stand: Die Rechte der Bürger und die Vorgänge in der letzten Volksversammlung zwischen Teilnehmern der Versammlung mit Polizeibeamten. Referent Herr Nießop. Redner sprach in längerer Rede über die Rechte, welche jedem Bürger durch das Gesetz garantiert seien; jeder Preuss, heißt es, sei vor demselben gleich. Nachdem Redner das Vereinsgesetz und die hauptsächlichsten Paragraphen erläutert, ging er auf die Vorgänge ein, welche nach Schluß der vorletzten Versammlung vorgekommen sind. Als die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen war, begaben sich nach Verlauf einer halben Stunde eine Anzahl von Teilnehmern auf die Straße, um die Werdobahn zu benutzen. Als sie warten mußten, traten mehrere Schulgelehrte an sie heran und forderten sie zum Fortgehen auf, welcher Aufforderung aber gleich äußerlich Nachdruck gegeben wurde. Zwei an Krücken gebende Krüppel fielen zu Boden und wurden mit anderen Genossen verhaftet. Sie wurden in der letzten Februarnacht in einer Klobhube untergebracht. Am anderen Morgen um neun Uhr schlug die Gefängnisthüre, d. h. sie wurden nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Den anderen Verhafteten erging es ebenso. Der Genosse Nießop kritisierte in scharfer Weise das Vorgehen der Polizeibeamten und gab seine eigenen Ergebnisse bei diesem Vorfalle, die auch alles weniger als heiterer Natur waren, zum Besten. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an die impotente Versammlung, recht treu zur Sozialdemokratie zu halten: ihr gehöre die Zukunft, und Pflicht eines jeden ist es, für die Sache thätig zu sein. (Lebhafte Beifall.) In der Diskussion sprach Genosse Jochen. Beschlossen wurde, gegen die betreffenden Polizeibeamten gerichtliche Vorzugehen und zur Deckung der Kosten Sammellisten auszugeben. Hierauf schloß der Vorsitzende, Bernsteinwaaren-Fabrikant Wigki, die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

**Mainz, 11. März.** Gegen den Vertrauensmann der Wiesbadener Sozialdemokraten, Herrn Hynke, ist Anklage wegen Verleumdung des hiesigen Offizierkorps erhoben worden. Die Verleumdung soll der Betreffende in einer öffentlichen Versammlung in Wiesbaden begangen haben.

**Mainz, den 12. März.** Unserer hiesigen Metzgermeister hat sich eine tiefgehende Erbitterung bemächtigt und es muß zugehört werden, daß dieselbe nicht ganz grundlos ist. Der alte Staatsanwalt des hiesigen Landgerichts hat nämlich eine Verlesungsbekundung von Bedürfnissen der hiesigen Gefängnisverwaltung ausgefertigt, worin der Pollen 2200 Kilogramm amerikanisches Schweinefleisch (Marke Wilcox) vorkommt. Die Herren Metzgermeister haben nämlich nicht ohne Vortheil die ergründeten Schilderungen der schädlichen Eigenschaften des amerikanischen Schweinefleisches gelesen, mit denen man bei der Etatsberatung vom Regierungssitz aus das Einfuhrverbot des amerikanischen Speckes zu rechtfertigen suchte, und kommen nunmehr zu dem für Metzgerlogik gar nicht so lässigen Dilemma, entweder das amerikanische Schwein ist so schlimm, daß man ihm die Grenzen verschließen muß, dann soll man sogar Häftlinge nicht zwingen von diesem gefährlichen Schmalz zu genießen, oder die Gefährlichkeit des Fleisches ist nicht derart, dann soll man ihm nicht zu Gunsten der nothleidenden Mittergutsbesitzer den Eingang in das Reich verwehren.

**Wrocław.** Das hiesige Landgericht verurtheilte den Webergesellen Bernhard Oskar Lungwisch aus Glauchau wegen Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Justizministeriums und des Amtsgerichtes zu Glauchau zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr.

**Kellinghusen, 8. März.** Am Donnerstag, den 4. März, wurde hier eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen abgehalten, in der Frau W. Köhler aus Wandsbeck referierte. Rednerin schilderte die traurige Lage der Frau, speziell die Ausbeutung in den Fabriken, die Nichtzulassung zu den höheren Lehranstalten u. s. w., und forderte auf zur Gründung einer Frauenvereins. Als darauf zur Diskussion geschritten wurde, meldete sich ein hiesiger Lehrer und unterzog die Äußerungen der Rednerin einer Kritik. Der Lehrer wurde aber von der Referentin widerlegt. Da der Lehrer nicht wieder auftrat und die Versammlung durch seine Äußerungen reizt, entstand Unruhe und die Versammlung wurde von dem überwachenden Gendarm aufgelöst.

**Zur Saalabtreibung.** Ein Projekt beabsichtigen zwei Münchener Bautechniker zur Ausführung zu bringen. Diefelben sind, durch die verschiedenen Zeitungsnotizen über das Saalabtreiben, auf den originellen Gedanken gekommen, ein fliegendes Versammlungslokal zu konstruieren. Dasselbe wird bereits in kleinem Maßstabe modellirt und hat die Form eines Schirmes. Der einfache und leichte Konstruktionsaufbau ist das Ziel sehr leicht zu transportieren und kann nach Belieben vergrößert und verkleinert werden. Die Stäbe sollen aus Bambusrohr hergestellt werden. Die Aufstellung des Zeltes kann durch zwei Mann in dem kurzen Zeitraum von nur einer halben Stunde bewerkstelligt werden. Der Ueberzug soll aus einem leichten, wasserdichten Stoff, ähnlich des zu den Ballons verwendeten verfertigt werden und gegen jede Unbilden der Witterung Schutz bieten. Elektrische Beleuchtung wird mittels Batterien, welche vorzüglich funktionieren, erzeugt. Selbst für die kaltere Jahreszeit wird durch Beheizung Sorge getragen. Nach dem Modelle, welches die beiden Herren in nächster Zeit dem Agitationsverein für Südbayern zur Ansicht vorlegen werden, zu urtheilen, dürfte das Zelt, 1000 Besucher gerechnet, kaum 600 Pfund wiegen; die Verstellung dieses Zeltes dürfte ca. 2000 M. kosten.

**Erfass-Lothringen.** Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Erfass-Lothringen erweist sich nur auf dem Papier; die Polizei kasirt dieses Recht, wenn's ihr beliebt. Beacht da in der Spin-

neret des Herrn Rogelet in Wühl ein Streik aus. Dieser Herr hat sich mit seinen Kollegen im ganzen Gebweiler Thale verbündet, ein Exempel an den unbotmäßigen Arbeitern zu statuieren. Die Polizeibehörde scheint auch der Ansicht zu sein, daß ein solches Exempel „im Interesse der Ordnung“ nicht schaden könne; sie hat den Wähler Fachverein der Textilarbeiter aufgelöst. Erstauht und selbstverständlich auch in hohem Grade erbittert fragen sich die Arbeiter, wie denn die Behörde zu einer solchen Maßregel gegen einen Verein komme, der lediglich mit fachgewerblichen Angelegenheiten sich beschäftigt und sich nicht die geringste gewaltthätige Handlung hat zu Schulden kommen lassen? — Nichts ist wohl besser geeignet, den Ausspruch, daß die Erfass-Lothringer Stiefelherren Deutschlands sind, zu bekräftigen, als dieses Beispiel. In Deutschland hatten die Arbeitervereine eine Auflösung zu befürchten, als noch das seltsame Sozialistengesetz bestand. Jetzt, nachdem dieses Zwangsgesetz mit seinem Urheber, beseitigt ist, hat man eine Vereinsauflösung nicht so leicht mehr zu riskieren. Im Erfass jedoch braucht man kein Sozialistengesetz; es geht auch ohne dieses Produkt Bismarck'schen Erfindungsgeistes ganz gut. Der deutsche Beamte nimmt ein längst verfestenes Gesetz zur Hand aus dem Jahre 1894, der Zeit des dicken Louis Philippe, und verfügt auf Grund dieses französischen Gesetzes die Auflösung eines Vereins deutscher Reichsangehöriger.

## Versammlungen.

### Eine öffentliche Versammlung aller beim denaturirten Spiritus interessirten Berufe,

als da sind: Tischler, Möbelpolierer, Drechsler, Klavierarbeiter, Putzmacher, Vergolder, Mohrleger und speziell die Haushaltungs-Vorstände, fand Mittwoch Abend unter Leitung des Genossen Weber statt. Zunächst stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des Genossen Fritz Jubel über: „Das Branntweinsteuer-Gesetz und seine Wirkung für die arbeitende Klasse“. Da der Referent jedoch bei Eröffnung der Versammlung noch nicht erschienen war — die polizeiliche Anmeldung war nämlich aus Versehen auf eine außerordentlich frühe Stunde erfolgt —, so wurde beschlossen, die beiden nächsten Punkte der Tagesordnung: Berichterstattung über die Thätigkeit der Kommission zur Beseitigung des denaturirten Spiritus und ferner Kassenbericht derselben, zuerst zu verhandeln. Genosse Weber erstattete Namens der Kommission eingehenden Bericht ab. Diefelbe hat demzufolge nach ihrer Einsetzung unermüdet an der Erfüllung der ihr aufgetragenen Aufgaben gearbeitet, sie hatte versucht, mit den interessirten Kreisen in anderen Ortschaften Fühlung zu erlangen, was ihr auch gelungen ist. Dann aber hat sie jetzt eine sorgfältig ausgearbeitete, überzeugende Petition an den Reichstag abgefaßt, in welcher verlangt wird, daß der denaturirte Spiritus fernerhin nur in reinem Zustand verkauft werden solle, da die bisherige Art und Weise von schädlicher Einwirkung auf die Gesundheit der mit diesem Spiritus arbeitenden Personen gewesen sei. Es sollte die Abgabe zwar unter Kontrolle geschehen, dafür aber habe man Steuerfreiheit für derartigen Spiritus verlangt. (Beifall.)

Genosse Robert Berger legte hierauf den Kassenbericht der Versammlung vor. Es waren folgende Posten der Kommission zur Bekämpfung ihrer Unkosten zugegangen:

Von den Möbelpolierern Berlins 30,45. Klavierarbeiter Berlins 20.—, Vergolder Berlins 20.—, Freie Vereinigung der in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter Berlins 5.—, Vereinigte Drechsler Deutschlands 30.—, Herrn Rautenberg-Berlin 1.—, Zeller-Vereinigung 12,50, Vergolder-Ottensen 10.—, Tischler-Wandbeß 10.—, Tischler-Klona 36,30, Vergolder-Barmbeck 10.—, Gilenband 2.—, München (durch Jordan) 7.—, Kiel (durch Bluns) 5.—, Sammellisten 58,55, sowie noch nachträglich eine Sammelliste 1,70; mithin also waren insgesamt eingelaufen 268,50 M. Die Ausgaben betragen 253,10 M., so daß ein Bestand von 10,70 M. verbleibt. Hierauf hielt der Referent seinen Vortrag, in welchem er folgendes ausführte: Das Branntweinsteuer-Gesetz entstand zu einer Zeit, als das Reich immer mehr Geld brauchte und nachdem das indirekte Steuererzählung auf das Vollkommenste ausgebaut war. Am 24. Juni 1887 wurde dieses so tief einschneidende Gesetz durch die gefügige Korlektmajorität eingeführt, doch mit dem Vorbehalt, daß dem Reichstag alle 3 Jahre eine Revision zustehen sollte. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen und es liegt demzufolge dem Reichstag eine Novelle vor. Wir dürfen uns jedoch keiner Illusion hingeben, daß die Grundlage, auf welcher das Gesetz aufgebaut ist, geändert werden dürfte. Das hat uns übrigens schon die erste Lesung deutlich gezeigt. Man will zwar den kleinen Brennern einige Erleichterungen schaffen, als Entschädigung dafür denkt man jedoch daran, die Konsumsteuer zu erhöhen, angeblich, um der Trunksucht vorzubeugen. Unser Abgeordneter Wurm antwortete sehr zutreffend der Reichstagsmehrheit: „Sie haben zwei Seelen in Ihrer Brust, die eine ist für Schnaps, die andere für Moral.“

Der Schachfretzer von Malhahn meinte bei den Verhandlungen, daß die Steuer nicht allein den armen Mann, sondern alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig treffe. Diese Berechnung ist aber falsch; es ist statisch nachgewiesen, daß die Steuer nur etwa 11—18 Millionen Personen und zwar vorwiegend Männer trifft, und daß hier jährlich 16—18 M. allein für Branntweinsteuer auf jeden Kopf entfallen.

Die Petition dürfte wohl angehts der jetzigen Zusammenfassung des Reichstages keine Aussicht auf Berücksichtigung haben. Nicht einmal die Forderungen aus Gesundheitsrücksichten dürfen einen Erfolg erwarten. Die Arbeiter haben sich bisher nicht Alles Schritt für Schritt selbst erkämpfen müssen. Hoffen wir, daß auch bald dort, wo die Arbeiter am bedrücktesten sind, auf dem Lande, die Sozialdemokratie ihren Einzug findet und wenn wir dann erst eine größere Macht im Reichstage erlangt haben werden, dann werden wir auch zu einer Beseitigung der die ärmeren Volksschichten bedrückenden Lasten schreiten können. Der Sozialdemokratie gehört die Zukunft, und Gesetze wie das Branntweinsteuer-Gesetz werden mit dem Siege der Sozialdemokratie dahin gehen, wohin sie gehören. (Stärklicher Beifall.)

Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt, weil sich Niemand zum Wort meldete. Auf Antrag des Herrn Wenzelmann wurde die Kommission, da sie ihre Pflicht voll und ganz erfüllt hatte, und da auch nach Absendung der Petition ihre Aufgabe erledigt ist, ihrer Funktionen entbunden. Der Kassenbericht soll der Generalkommission in Hamburg für die aufgesparten Arbeiter überwiesen werden.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

### Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer

sand am 11. März unter dem Vorsitz des Herrn Geffroyen statt. Der Regierungs-Baumeister a. D. Köhler hielt einen Vortrag über „die Familie und der Sozialismus.“ Redner

kurz zusammengefaßt folgendes aus: Seitdem die Geschichte zur Wissenschaft herausgearbeitet ist, geht immer mehr die Ansicht verloren, daß die gesellschaftlichen und als ein Theil derselben die familiären Beziehungen der Menschen zu einander immer die gleichen gewesen sind. Wichtig ist ja, daß die alten Verhältnisse mehr stabil waren, wie die heutigen. Heut geht gegen früher die Umänderung, die Entwicklung derselben mit ungeheurer Schnelligkeit vor sich. Man kann annehmen, daß die Familie, so wie sie uns in der Bibel geschildert wird, zu der dabei angezogenen Zeit existirt hat. Es wird uns da eine Familie gezeigt, welche vollständig in sich abgeschlossen ist. Kinder und Kindes-kinder bleiben vom Familienband umschlossen. Sie arbeiten zusammen unter der Obraufsicht des Familienhauptes. Die Frauen nahmen dieser Familie die verschiedensten Stellungen ein. Man ist, so z. B. bei Abraham, eine Frau, die als die „richtige“ gelten kann und außerdem verschiedene andere „so nebenbei“. Die Verrichtung des eigentlichen Handwerks lag den Frauen ob, während die Männer jagten, Viehzucht trieben u. Der Mann war der unbedingte Herrscher. Diese Familie war die allein mögliche unter den damaligen Existenzbedingungen. Später, als man anfing, Staaten zu bilden, wurden die einzelnen Familien kleiner; es waren jetzt nicht mehr Familien, sondern die Staaten, welche mit einander kämpften, und damit fiel die Bedingung für größere Familienbildungen. So veränderte sich immer die Familienform, sich den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen anpassend. Im Mittelalter findet man zwei Arten von Familien, die adelige und die bürgerliche. Letztere war hauptsächlich auf Erwerb angewiesen; sie richtete sich dementsprechend ein. Während der Mann der erwerbende, war die Frau der verwaltende Theil. Man findet, daß die Frau einen großen Theil dessen im Hause herstellte, was für die Befriedigung der Bedürfnisse der Familie nöthig war. Mit der weiteren Entwicklung verlor die Frau ihre Stellung als Mitthätige in der Familie; das Weib, was dieselbe benötigte, wurde außerhalb des Hauses wohlfeiler hergestellt und die Frau nahm nun nur noch die Stelle einer Wirtschaftlerin an. Heute geht sie, hauptsächlich in der besitzlosen Klasse auch dieser Stellung verlustig; sie wird hinaus in die Industrie gedrängt. Nur in reichen Familien wirtschaftet sie noch und auch dies meistens nicht mehr, sie dient nur noch als Repräsentantin nach außen. In den ärmeren Familien muß die Frau in den Erwerb eingreifen; sie macht sich dadurch unabhängig vom Manne und hebt damit die Existenzbedingung der Familie in heutiger Form auf. Auch die Kinder werden früh zum Erwerb herangezogen und ertingen sich hiermit früh eine gewisse Selbstständigkeit. Man findet dies in den Berichten der Fabrikinspektoren durch die Angabe bestätigt, die Familie löse sich immer mehr auf. Erklärt wird dies faktum von verschiedenen Seiten und der immer weiter umschreitenden Gottlosigkeit; wir wissen, daß es eine nothwendige Folge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Die Familie der Besitzenden beruht heute auf dem Besitz, das Geld ist der maßgebende Faktor für ihr Fortkommen, wenigstens in den weitaus meisten Fällen. Die Ehe des Proletariats beruht meistens auf gegenseitiger Zuneigung von Mann und Weib, da sie beide die Fähigkeit heut schon oft besitzen, sich unabhängig von einander ernähren zu können. Wenn wir uns nun unter dem Sozialismus eine Aufhebung alles Privatbesitzes und damit aller Rechtskraft vorstellen, so können wir heute schon vorausbestimmen, daß dann die Ehe, weil für ihre Schließung keinerlei materielle Bedenten, sondern nur die Neigung maßgebend sein kann, eine viel edlere wie heute sein wird. Die Erziehung der Kinder wird von einem gewissen Alter derselben ab dem Staat übertragen werden, da nicht Jeder die Fähigkeit eines Erziehers besitzt. So wird dann die Ehe, das Zusammenleben von Mann und Weib eine stillere, eine wahrhaft menschliche sein und beitragen zur Veredelung des Volkes. (Lebhafte Beifall.) An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner und Rednerinnen im Sinne des Referats. Die Versammlung wurde dann mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In einer öffentlichen Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Postenbranche hielt der Reichstags-Abgeordnete Genosse Wollenbuter einen Vortrag über: „Die Kämpfe der Arbeiterklasse der Jetztzeit“, und führte darin aus: Wir finden jetzt in den bürgerlichen Zeitungen als ständige Kritik Klagen über eine immer mehr einwirkende Unzufriedenheit der Arbeiter, und gleichzeitig sehen wir in der Gesetzgebung Schritte unternommen, um die Bewegung der Arbeiter zu hemmen. Man begegnet häufig der Ansicht, die ganze Bewegung sei nur durch Agitatoren künstlich herbeigeführt und erhalten worden. Wenn das der Fall gewesen wäre, so hätten die Maßregeln der letzten 12 Jahre genügen müssen, um die Bewegung vollständig verschwinden zu lassen; aber wir erblickten gerade das Gegenteil, daß sie immer intensiver wurde. Demnach müssen doch wohl die Gründe tiefliegender sein. Redner geht nun auf die Klassenlage der Arbeiter in den früheren Produktionsformen ein und zieht einen Vergleich mit den gegenwärtigen Verhältnissen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat sich in dem letzten Jahrhundert eine Revolution vollzogen, wie man sie bis dahin nicht gekannt hatte. Die Produktivität der Arbeit vervielfachte sich, zwar, aber die Lage der Arbeiter wurde dadurch keineswegs gebessert, im Gegenteil gleichzeitig damit wuchs das Arbeitslohn und es sanken als Folge davon die Löhne. Die Ausbeutendenliche natürlich ebenfalls vergrößert, die Arbeitszeit wurde vergrößert.

Schon frühzeitig ging man daran, Gesetze in England zu erlassen. Im Jahre 1839 wurden berechtigt einen Maximal-Arbeitszeit über eine Minimalarbeitszeit wir erziehen — gelohn — also das Gegenteil von dem, was gegen ein Verbotin schaffen. Es wurden auch Strafen fessung ihrer Lage. Erst der Arbeiter untereinander zur Veron gelang es den eng-beim Anwachen der Großprojekte Kämpfe allmählich eine lichen Arbeitern, durch man zu erlangen. Diefelben Beseitigung derartiger Fest dieses Jahrhunderts in Eng-kämpfe, welche im Kampf wir einige Dazwischen später land sich abspielten, Spanien. Wohl wurde den Arbeitern auch in Deutschland sich nur nominell, das Koalitionsrecht ge-hier schließlich, wenn sie, als sie davon keinen Gebrauch machten, währ, aber nur so „anschickte“, schritt man gegen sie ein, ein Sobald sie sich Gewalt fand beispielsweise 1875, daß die Berliner Staat-Gegensatz ständen zu dem preussischen Ver-fachvereine lag eine Beschränkung des Koalitionsrechts kommen eingefes, nur in eine schiefe Lage gegenüber den Unter-die Arbeitliche ohnehin schon ein Uebergewicht haben, welches nehmte Entwicklung der Produktion sich nur verhärt, mit sich die Arbeiter nur halbwegs schützen, so müssen sie sich Man-ken Verbänden zusammenschließen. Die ewig wachsende Bedeutung der Arbeitskraft würde dem Unternehmertum ge-lingen, wenn die Arbeiter nicht zu dem einzigen Mittel greifen, dem entgegen zu treten, indem sie sich organisieren. Nicht allein benutzen die Unternehmer ihre Macht dazu, Forderungen der Arbeiter, welche auf Verbesserungen ihrer Lage hinauslaufen, zu

unterdrücken; sie suchen auch ohne jeden Grund gegen dieselben vorzugehen, indem sie einseitig die Ausbeutung zu erhöhen suchen, andererseits aber danach streben, die Arbeiter durch Vernichtung ihrer Fachorganisationen widerstandslos zu machen. Redner bespricht hierbei eingehender die Maßnahmen der Hamburger Unternehmer und schildert lebhaft das einmütige Zusammenhalten der dortigen Arbeiter, welche in ihrem Kampfe bis zum letzten Augenblick ausharren. Redner geht dann zu der dem Arbeiter durch die Frauenarbeit gemachten Konkurrenz über und meint, daß dieselben erkennen müssen, daß sie, wenn sie dem Unternehmertum gegenüberstehen, nicht als Arbeiter und Arbeiterinnen dastehen, sondern nur allein als Waare, Arbeitskraft, daß das Geschlecht dabei diesem vollständig gleichgültig ist. Ist nun ein Zwiespalt zwischen Arbeiter und Arbeiterinnen vorhanden, so wird der Unternehmer leichtes Spiel haben, er wird sich bald auf den einen, bald den anderen Teil stützen gegen den anderen. Beide müssen daher erkennen, daß sie solidarische Interessen haben, daß sie gemeinsam kämpfen müssen. Wo die Arbeiter sich erst fest organisiert haben, da wird man auch gegen die Verbände anzukämpfen suchen. Den deutschen Arbeitern werden die Kämpfe ebenso wenig erspart bleiben, wie sie den englischen Arbeitern erspart blieben. Wenn auch die Kämpfe mit großen Opfern verknüpft sind und nur unter großen Entbehrungen geführt werden können, so müssen die Arbeiter doch zu diesem Mittel greifen; wollen sie nicht degeneriert werden, so müssen sie den Unternehmern ein Halt gebieten. Möge man auch entgegenhalten, daß wäre nur Unzufriedenheit, wir entgegen dem einfach, daß die Unzufriedenheit von jeder der Hebel des Kulturfortschritts gewesen ist. Deshalb sollen auch die Menschen entbehren, wo doch genügende Produkte für alle Menschen da sind. Es klagen ja die Fabrikanten nicht über einen Mangel an Produkten, sondern nur über mangelnde Absatzgebiete. Jedoch diejenigen, welche alle Schätze schaffen, sollten auch Konsumenten werden, und das können sie nur, indem ihre Löhne erhöht werden. Absatzgebiete können wir schaffen, ohne daß wir dazu Flinten, Kanonen und Sattel brauchen, nur ein organisiertes Proletariat ist erforderlich. Und mögen sich auch die Unternehmer dagegen wehren, der Selbsterhaltungstrieb treibt die Arbeiter zur Organisation! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

An der Diskussion beteiligten sich Altschneider, Wolter, Hoffmann. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie zieht aus denselben den Schluß, daß dem Uebermut und der Ausbeutungslust der Arbeitgeber im Allgemeinen ein wirksamer Damm nur entgegenzusetzen werden kann, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich in festen Vereinigungen zusammenschließen und sie verpflichtet sich daher, sich der freien Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Besamtenbranche anzuschließen. Sie verpflichtet sich ferner, thätig zur Unterstützung der ausländischen Hamburger Arbeiter beizutragen.

Lebhafte Diskussion rief der nächste Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Matseier hervor, man einigte sich schließlich, am 1. Mai Abends eine Versammlung abzuhalten und am Sonntag einen Ausflug zu veranstalten.

Weitere Punkte der Tagesordnung mußten der vorgerückten Zeit halber verjagt werden.

Eine Versammlung für Frauen und Männer fand am Sonntag, den 8. März, unter außerordentlich reger Beteiligung statt. Das Referat hatte Dr. Lütgenau über das Thema: Völkertrennung und Völkereinheit, übernommen, und sein äußerst interessanter Vortrag wurde mit sichtlichem Interesse und Verständnis entgegengenommen. Referent ging zunächst auf die Ursachen der Völkertrennung ein, ferner auf die heutigen Nationalitätenbegehren, den Antisemitismus u. Eine Ursache wäre hauptsächlich die Verfolgung und Unterdrückung, als deren Beispiel die Polen zu betrachten seien. Gerade das Gegenteil von dem werde durch Polizei-Maßregeln erreicht, was man eigentlich erreichen wollte, daß nämlich die Beteiligung an diesen Überwachen und bedrückten Vereinigungen reger zu werden beginne. Die Weirung der arbeitenden Klasse aus ihrer Knechtschaft kann nur eintreten durch die Zurückgabe der Arbeitsmittel an das arbeitende und Wertbe erzeugende Volk; so lange die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Weniger sich befinden, wird die Knechtung noch andauern. An Stelle der

Regierung von Personen habe einfach die Verwaltung von Sachen zu treten, wenn dieses der Fall sein wird, dann hört auch die Völkertrennung und der Gegensatz der Staaten untereinander auf. Die Umgestaltung der Produktionsordnung vollzieht sich schon teilweise vor unseren Augen. Von den heutigen herrschenden Gesellschaftsklassen könne man nimmer eine Umgestaltung erwarten, deshalb muß das Volk, wenn es das Unlogische der heutigen Ordnung eingesehen und erkannt habe, selbst Hand anlegen zur Besserstellung. Diese Erkenntnis zu erlangen, müsse jeder Arbeiter und jede Arbeiterin bestrebt sein, und deshalb empfahl Referent den Besuch der Berliner Arbeiter-Bildungsschule, in welcher Alles gelehrt werden wird, was zur Aufklärung über die Völkereinheit notwendig sei. Sodann berührte Referent noch die Zoll- und sonstigen Maßregeln, die ebenfalls nicht dazu angethan seien, zur Völkereinheit zu führen. Zum Schluß kam Referent auf den Chauvinismus zu sprechen, der sich jüngst in Frankreich sowohl wie auch in Deutschland zur Geltung zu bringen versuchte, aber bei dem internationalen Sinn des arbeitenden Volkes keinen Anhang, sondern nur tiefste Verachtung fand. Das Volk ist eben international gesinnt und erkennt auch somit keine nationalen Schranken an. Die Interessen des arbeitenden Volkes sind in allen Staaten die gleichen, deshalb ist auch der Sozialismus international, und für ihn zu wirken, solle die Aufgabe aller Arbeiter und Arbeiterinnen sein. (Lebhafte Beifall.) — Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Agitation der Chauvinisten in Frankreich wie in Deutschland berührt in keiner Weise die Arbeiterklasse, welche die Eintracht der Völker will und welche den Frieden herbeiführen und sichern wird, indem sie die Grundlagen der Ausbeutung, der Knechtschaft und des Militarismus, das heutige Produktionssystem, beseitigt. Wir grüßen die französischen Arbeiter und versprechen, wie sie unablässig und bis zum endgültigen Siege für dieses Ziel zu kämpfen. Beschlüssen wurde sodann, diese Resolution, ins Französische übersetzt, den Sozialisten in Paris sofort zu übersenden. — Im Verschiedenen wurde der Heiliggeist Munk auf Angelegenheiten empfohlen, der sich gegen einen Genossen nicht so, wie er sollte, benommen hatte. — Die Zellerfassung hatte einen Ueberschuß von 24 Mark 40 Pfennige ergeben, die dem Vertrauensmann Marten übergeben wurden. — Gesellige Unterhaltung nebst Tanz hielt die Teilnehmer noch lange beisammen. — Am nächsten Sonntag, 15. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, findet in demselben Lokal wieder eine Versammlung für Frauen und Männer statt mit einem Vortrage der Frau Wilhelmi, wozu zahlreiche Beteiligung erwartet wird.

Der Fachverein der Lederarbeiter hielt am 9. d. Mts. seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Da die öffentliche Versammlung der Lederarbeiter beschlossen hatte, den in dieser Versammlung, in seiner Gesamtheit genehmigten Lohnzettel zur Drucklegung, sowie zur weiteren Vertreibung dem Fachverein zu überweisen, so beschäftigte sich die Versammlung zunächst mit dieser Angelegenheit und mit der Frage: ob der Fachverein überhaupt gewillt ist, diesen Lohnzettel zu übernehmen. Doch glaubte man diese Sache einer späteren Versammlung nochmals zur Beratung und zur Beschlussfassung vorlegen zu müssen; ebenso den Antrag, nach welchen den drei ersten Vorstandmitgliedern für die aus ihren Ämtern erwachsene Mithewaltung eine kleine monatliche Entschädigung aus der Vereinskasse zu gewähren ist. Sodann wurde, um die Kollegialität zu pflegen, das Vereinskonto als Verlehrslokal, und der Sonntag Vormittag namentlich als Tag dazu bestimmt. Dasselbe wird dann auch die Bibliothek geöffnet sein; ferner wurde beschlossen die Vereinsversammlungen (für das Sommerhalbjahr) versuchsweise auf den Sonnabend zu verlegen. Einem Antrage des Kollegen Dahn, die „Buchbinder-Zeitung“ in zwei Exemplaren, eins für den Vorstand, das andere für die Bibliothek zu halten, wurde zugestimmt; desgleichen dem Antrage Zander: Zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter Deutschlands der Generalkommission in Hamburg 50 Mark zu über-

weisen. Kollege Jack fordert zur fleißigen Vertreibung von Biletts auf, zu dem am 21. März in Joel's Salon stattfindenden Kränzchen und sind diese zu haben in der Zahlstelle für den Norden: Hirtensfr. 10 bei Krüger und im Arbeitsnachweis Louisen-Ufer 22 bei Sperling.

Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer tagte am Sonntag, den 8. März, Abends, unter Vorsitz des Herrn Sandermann, Fel. Hoffmann und Herrn Menzel. Genosse Wach hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die bürgerliche Gesellschaft.“ In der Diskussion sprachen die Herren Reichling, Gide und Sandermann. Unter „Verschiedenem“ wurde ein Antrag, die Zellerfassung fortzusetzen und den Ueberschuß den ausgesperrten deutschen Arbeitern zu überweisen, angenommen. Gesang, Vortrag und Tanz hielten die Teilnehmer noch lange beisammen.

Rummelsburg. Am Dienstag Abend fand hier, im Lokale des Herrn Weigel, eine öffentliche Versammlung des Arbeitervereins für Rummelsburg und Umgegend statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeiterbewegung und die Vorwürfe der Gegner“ hatte Herr Reichstags-Abgeordneter Förster das Referat übernommen. Der Redner führt etwa Folgendes aus: Es ist nicht Alles kritischwerth, was die Gegner uns vorwerfen, es können und sollen also nur diejenigen Punkte besprochen werden, welche wirklich einer Kritik werth sind. Der Kampf gegen diese wissenschaftlich begründeten Ideen könne mit dem Polizeihüpfel nicht geführt werden, aber nicht nur jetzt, sondern schon vor 1878, vor dem Sozialistengesetz, sei der Kampf mit „geistigen Waffen“ geführt worden. Vom „Theilen“ wolle Redner nur sprechen, weil Eugen Richter in seinen Irrlehren diesen Unsinn wieder einmal ausgedrückt hätte. „Theil“ würde jeden Lohnzettel, aber diese Theilerei sollte eben aufhören! Redner geht nun des Näheren auf den Unterschied zwischen römischem und germanischem Recht ein, zeigt, was an der Phrase, daß wir das „Eigenthum abschaffen“ wollen, Wahres ist und kommt dann auf den Vorwurf der Gegner, daß wir auch die „Ehe abschaffen“ wollen, zu sprechen. In längeren Ausführungen zeigt der die Lage der Frauen in Bezug auf die Eheverhältnisse, schildert die Verhältnisse, die zur Ehe führen, die „Heiligkeit“ der Ehe und kommt darnach zu der Schlussfolgerung, daß diese Ehe in keinem Falle ein Ideal sein könne, daß diese „Ehe“ allerdings aufgehoben werden müsse.

Die Gegner werfen uns ferner vor, daß wir dem Materialismus zu sehr huldigen. In einer ganzen Anzahl von geschichtlichen Beispielen aber weist Referent nach, daß es der Materialismus sei, der die großen Bewegungen der Welt und Zeit gefördert und zum gedeihlichen Abschluß gebracht habe. Der letzte von den Vorwürfen, nämlich daß wir die Revolution anstreben, wird ebenfalls gebührend zurückgewiesen, und fordert der Vortragende die Anwesenden auf, das Material zum Bau des Zukunftsstaates, nämlich klare Köpfe, aufgeklärte Köpfe herbeizuschaffen und diesen Ziele durch die Macht der Organisation zuzustreben.

Nach lang anhaltendem lebhaftem Beifall meldet sich ein Herr Münder als Gegner zum Wort, welcher die Ungleichheit der menschlichen geistigen Fähigkeiten als unüberwindliches Hinderniß der sozialdemokratischen Bewegung ansieht und schließlich die Frage aufwirft, was an Stelle des „Theilens“ treten solle. Herr Förster widerlegt den Redner eingehend. Von einer weiteren Debatte wird Abstand genommen, und folgende Resolution findet einstimmige Annahme:

Die heute im Lokale des Herrn Weigel tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Ideen der Sozialdemokratie einzutreten.

Beim dritten Punkt wird zu einer Petition der Rummelsburger Grundbesitzer gegen die Forderung der Strafen zur Unterführung der Niederschleischen und der Ostbahn Stellung genommen und sehr bedauert, daß sich Arbeiter haben brauchen lassen durch Unterschreiben der Petition an den Kaiser den Grundbesitzern Interessendienste zu leisten.

Es folgt hierauf Wahl eines Vergnügungskomitees und werden beim letzten Punkt interne Angelegenheiten erledigt.

Trotz gegnerischer Anfeindungen eröffnen wir den Verkauf der Konkursmasse

**H. Hartwig Söhne & Baer**

Berlin N., 24a. Chausseest. 24a. Berlin SO., 8. Brückenstraße 8. Berlin O., 16. Gr. Frankfurterstr. 16.

**Herren- und Knaben-Bekleidung unter Herstellungspreisen.**

Anfertigung nach Maß von Stoffen unter Taxpreisen.

Ein Anzug dauhafter Stoff früher 14 M., jetzt 8,50 M.	Ein Anzug gewirnte Waare früher 16 M., jetzt 10,50 M.	Ein Anzug englische Imitation früher 25 M., jetzt 16,50 M.	Ein Anzug blau Cheviot früher 26 M., jetzt 18 M.	Ein Anzug hochfeines Kammgarn früher 36 M., jetzt 28,50 M.	Ein Paletot englischer imitierter Stoff, früher 18 M., jetzt 8 M.	Ein Paletot feinste Muster, eleg. Schnitt, früher 36 M., jetzt 25 M.	Eine engl. Lederhose unverwundlich, 7, 6, 5, 4, 3 bis 2,25 M.	Eine Zwirnhose dick und kräftig, 1,75 M.	Fertige Semden schöne Streifen, 1 M.
--	--	---	---	---	--	---	---	--	--

**Der Verkauf findet unter strengster Beobachtung reeller Grundsätze statt.**

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von **Aug. Herold**, SO. 5. Reichenbergerstraße 5. SO.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.